



Der NSU-Komplex

In Nordrhein-Westfalen ist der lange geforderte NSU-Untersuchungsausschuss endlich eingesetzt, und in München steht Beate Zschäpe weiter vor dem Oberlandesgericht.

In dieser Ausgabe beschäftigt sich NSU-Prozessbeobachter Friedrich Burschel mit den Problemen des Münchener Prozesses im gesellschaftlichen Kontext: Während journalistische Recherchen weiter brisante Informationen ans Tageslicht bringen, nehmen die Richter*innen keinen direkten Bezug auf diese medialen Enthüllungen – auch, wenn diese unmittelbar Auswirkungen auf den Gegenstand haben.

Außerdem kontextualisiert Juliane Karakayali die Taten des NSU mit den Debatten und Politiken um Migration in den 2000er Jahren. Sie fordert: Eine Beschäftigung mit dem NSU-Komplex muss dafür Sorge tragen, die gesellschaftlichen Bedingungen nicht zu historisieren. Bei aktuellen Übergriffen und Morden an Migrant*innen verlaufe die Aufklärung gleichfalls schleppend und Rassismus werde als Tatmotiv kaum berücksichtigt.

Weitere Themen in diesem Heft:

Nationalsozialismus als Lerngegenstand in der Einwanderungsgesellschaft

Was ist neu an „neuer Migration“?

Die Bioparanoia

Regierungstechnik Fußball. Eine Nachlese zur Fußballweltmeisterschaft

Sexualpädagogik als Praktik sexualisierter Gewalt

Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus

Zum Umgang mit Kriegsdenkmalern

Antisemitische Kritik Israels?

One Night in Honkong

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellersohn, Rolf van Raden, Hans Uske, Maren Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Migrations- und rassismuskritische Perspektiven auf den NSU-Komplex

Von Juliane Karakayali

Die wissenschaftliche Beforschung des NSU-Komplexes bleibt auch drei Jahre nach seiner Enttarnung nahezu aus. Notwendig ist eine Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, die den NSU ermöglichten. Der folgende Beitrag folgt dieser Perspektive, indem er die Taten des NSU mit den Debatten und Politiken um Migration in den 2000er Jahren kontextualisiert.

Von 1955 bis 1973 war das deutsche Migrationsregime geprägt durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte über das sogenannte Gastarbeiter-Rotationssystem. Diese Strategie einer flexiblen Mobilisierung von Arbeitskräften ging allerdings nicht auf: Nach der Verhängung des Anwerbestopps von 1973 stieg über Jahre hinweg die Zahl der nach Deutschland Einwandernden, weil viele Arbeitsmigranten sich fürs Bleiben entschieden und ihre Familien nachholten. Das änderte nichts am politischen Selbstverständnis Deutschlands, kein Einwanderungsland zu sein. Jahrzehntlang stellte die Staatsangehörigkeit in Deutschland das Kriterium dar, über das der Zugang zu Rechten und Ressourcen reguliert wurde. Für Eingewanderte gab es eigene Arbeitsmärkte, Gesetze, Sanktionsmöglichkeiten und in letzter Instanz immer die Möglichkeit der Ausweisung.

Zu Beginn der 90er Jahre veränderte sich der Modus der Einwanderung: Aufgrund der in vielen Teilen der Welt aufbrechenden Konflikte und in Ermangelung anderer Einwanderungsoptionen stieg die Zahl der AsylbewerberInnen. Dies wurde medial skandalisiert und politisch problematisiert und gipfelte in der nachhaltigen Beschneidung des Rechts auf Asyl. Es erfolgte eine gegenseitige Bezugnahme zwischen den parlamentarischen Debatten um das Asylrecht und dem rassistischen Terror auf der Straße (vgl. Schmidt 2002). Viele gewaltvolle Übergriffe, Brandanschläge und Morde an MigrantInnen wurden verübt, die eindeutig als rassistische Angriffe lesbar waren, z.T. in Verbindung zu VS-Spitzeln erfolgten (vgl. Kleffner 2014) und häufig

unter dem Beifall zuschauender BürgerInnen stattfanden.

Häufig wird auf die 90er Jahre rekurriert, wenn es um den NSU Komplex geht: wegen des Ausmaßes der rassistischen Gewalt, und weil zu Beginn der 90er Jahre die neonazistischen Strukturen entstanden, in die der NSU eingebettet war. Aber auch eine andere Beziehung lässt sich herstellen: So spiegeln beide Formen des Terrors in spezifischer Weise den historischen, gesellschaftlichen Umgang mit Migration wieder. Die offen rassistischen und unter großer Zustimmung der Bevölkerung erfolgten Angriffe zu Beginn der 90er Jahre korrespondieren mit einer parlamentarischen Politik, die gesellschaftliche Pluralität negiert und Migration grundsätzlich zu verhindern versucht. Die Morde des NSU, die nicht als Taten Rechtsextremer bekannt wurden finden dagegen in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der Migration und Diversität politisch in eingeschränkter Weise durchaus Anerkennung gefunden haben und neue Grenzen innerhalb einer pluralen Bevölkerung gezogen werden.

2000er revisited: NSU und Migrationspolitik

Diesen Punkt möchte ich im Weiteren unter Verweis auf die migrationspolitischen Entwicklungen in Deutschland in den 2000er Jahren vertiefen. Die bisher bekannten Morde und Anschläge des NSU in den Jahren 2000 bis 2006 fallen in eine Zeit einer heftigen Auseinandersetzung im Feld der Migrationspolitik. In ihrem Kern geht es um die umstrit-

tene Neudefinition von Deutschland als Einwanderungsland. Rechtliche und repräsentative Erfolge auf dem Weg in die Selbstverständlichkeit einer vielfältigen Gesellschaft wurden dabei immer wieder durch Politiken und Debatten gekontert, die auf die Bekämpfung, Delegitimierung oder Entrechtung von Migration und MigrantInnen abzielen.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzung bildet die Bundestagswahl 1998. Eines der ersten Projekte der rot-grünen Regierung ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Ziel der Abschaffung des *ius sanguinis* zugunsten eines Rechts auf Einbürgerung und Doppelstaatsbürgerschaft. Die Unionsparteien reagieren mit einer Unterschriftensammlung gegen die Reform. Im Jahr 2000 tritt die Reform ohne die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft in Kraft. Nach Jahrzehnten bekennt sich Deutschland faktisch dazu, Einwanderungsland zu sein. Auf der Ebene der kulturellen Repräsentation findet eine neue Sichtbarkeit der Migration statt: Im Jahr 2000 veröffentlicht Wladimir Kaminer die vielbeachtete „Russendisko“, Fatih Akın bringt seinen Film „Im Juli“ und Feridun Zaimoğlu „kanak attack“ in die Kinos. Die konservative Antwort ist die Leitkulturdebatte. Im gleichen Jahr wird in Nürnberg der Blumenhändler Enver Şimşek niedergeschossen. Er ist das mutmaßlich erste Opfer des NSU.

Überhaupt werden die öffentlichen Debatten um den Stellenwert der Migration für die Gesellschaft in Deutschland – die selbst schon einen immanenten Rassismus offenbaren – begleitet von einer zunehmenden Anzahl rassistischer Übergriffe und Gewalttaten. Nach einem Bombenanschlag auf MigrantInnen in Düsseldorf-Wehrhahn wird rassistische Gewalt und neonazistische Organisation nach Jahren des Leugnens oder Kleinredens erstmals von Regierungsseite problematisiert. Diese als „kurzer Sommer der Staatsantifa“ bekannt gewordene Initiative gipfelt in dem ersten NPD-Verbotsverfahren, welches im Jahr 2001 beschlossen wird, aber einige Jahre später scheitert. Im Jahr 2001 legt auch die überparteiliche Süßmuth-Kommission einen Vorschlag für ein geplantes Einwanderungsgesetz vor, der in vielerlei Hinsicht die Migration nach und den Aufenthalt in Deutschland für viele MigrantInnen erleichtern soll. Zeitgleich

ermordet der NSU Süleyman Taşköprü, Abdurrahim Özüdoğru und Habil Kılıç und verübt einen Anschlag auf einen Lebensmittelladen in Köln, bei dem die junge Mashia M. schwer verletzt wird. Im Jahr 2002 scheitert das Einwanderungsgesetz im Bundesrat, im Jahr 2003 wird das NPD-Verbotsverfahren vom Bundesverfassungsgericht aufgrund abgebrochen, weil durch die vielen V-Leute innerhalb der NPD eine zu starke Verquickung zwischen staatlichen Institutionen und der zu verbietenden Partei bestehen.

Auffallend ist, dass der NSU während dem laufenden Verbotsverfahren keine weiteren Morde verübt, was deutlich macht, wie stark der NSU in die Konjunkturen des organisierten Neonazismus in Deutschland integriert war. Erst im Jahr 2004 setzt der NSU seine Mordserie fort: Mehmet Turgut wird ermordet und auf die Keupstraße in Köln wird ein Nagelbombaattentat verübt (vgl. Dostluk Sineması 2014). 2005 tritt das erste deutsche Einwanderungsgesetz in Kraft. Dies ist einerseits als migrationspolitischer Erfolg zu verbuchen, da damit die Anerkennung der Tatsache der Migration einhergeht. Allerdings spiegelt der Name des Gesetzes die abwehrende Haltung der Politik gegen diese Tatsache wider, es heißt: „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“. Theodoros Boulgarides und Ismail Yaşar werden durch den NSU ermordet. Etwa ab dem Jahr 2005, 50 Jahre nach dem ersten Anwerbeabkommen, wird auch von offizieller Seite Deutschland als Einwanderungsland anerkannt. Die 1993 vorgenommenen Einschnitte im Asylrecht werden nicht nennenswert verändert. Von nun an artikuliert sich die Auseinandersetzung über einen zunehmend repressiven Integrationsimperativ, der etwa 2007 im ersten Nationalen Integrationsplan formuliert wird. 2006 ist auch das Jahr der letzten beiden rassistischen Morde des NSU: Im Abstand von zwei Tagen werden Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat ermordet.

Ausbürgerung durch Mord

Betrachten wir die 2000er Jahre, so wird deutlich, dass trotz aller Kontroversen und counterpolitics eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einer pluralen Einwanderungsgesellschaft stattgefunden hat. Dies bedeutet nicht das Ende des Rassismus, aber die Art, wie Ausschlüsse

hergestellt werden und die Gruppen, die ausgeschlossen werden, verändern sich. Alana Lentin (2011) beschreibt diese Entwicklungen mit dem Begriff „Postrassismus“: Damit, dass für einen großen Teil der Eingewanderten und Einwandernden Rechte erkämpft wurden, gilt Rassismus als bereits überwunden. Weiterhin bestehende soziale Ausschlüsse bestimmter Gruppen von MigrantInnen, die in mangelnden Schulabschlüssen oder erhöhter Arbeitslosigkeit sichtbar werden, werden als kulturelle Schwäche ausgelegt. Diese Gruppen von MigrantInnen repräsentieren eine „bad diversity“, die einer „good diversity“ - ökonomisch erfolgreichen MigrantInnen, die als Beleg für die Überwindung des Rassismus herangezogen werden - gegenübergestellt werden.

Diese Veränderungen in den Diskursen und Politiken um Migration und Rassismus sind ein Schlüssel, um die Morde des NSU zu verstehen. In einer gesellschaftlichen Situation, in der die Tatsache der Einwanderung auch von politischer Seite anerkannt wird, erscheinen die Morde wie eine Art selbstjustitieller Migrationspolitik: Mord als Politik der Ausbürgerung. Darin unterscheidet sich das Vorgehen des NSU nicht von anderen offen rassistischen Überfällen und Morden, die seit den 90er Jahren von antirassistischen Initiativen in erschreckend hoher Zahl in Deutschland dokumentiert werden. Damit aber, dass, die neonazistische TäterInnenschaft im Fall der neun Morde an MigrantInnen nicht eindeutig war, wurde in besonderer Weise das gesellschaftliche rassistische Wissen um kulturell differente MigrantInnen mobilisiert. Die Opfer waren Kleingewerbetreibende, die u.a. als Internetcaféinhaber, Gemüsehändler und Kioskbetreiber für das migrantische Unternehmertum stehen, dass nach der Schließung der fordistischen Fabriken entstand. Viele von ihnen lebten und arbeiteten in prekären Verhältnissen. Zudem waren sie Menschen, die im aktuellen Migrationsdiskurs wegen ihrer türkischen Herkunft als „Muslime“ gelten. Türkische MigrantInnen und ihre deutschen Nachkommen werden gerade auch in Folge des 11. Septembers 2001 stärker zur Zielscheibe eines spezifisch antimuslimischen Rassismus. Im Sinne eines orientalistischen Wissensrepertoires wird ihnen eine fundamentalistische, antiegalitäre und antimoderne Kultur zugeschrieben. Die Verbindung

von Muslimen mit Mord bediente das ganze Repertoire an Konstruktionen dessen, was seit den 1990er Jahren als „Parallelgesellschaft“ bezeichnet wurde: Gewalttätigkeit, (organisierte) Kriminalität, Gefahr und kulturelle Differenz (vgl. Puar 2007). Diese postrassistischen Politiken führten dazu, dass es der Öffentlichkeit in Deutschland so plausibel erschien, dass MigrantInnen sich gegenseitig umbringen, die Gesamtgesellschaft sich durch den Serienmord an MigrantInnen so wenig angegriffen fühlte, dass kein nennenswerter Druck auf die Ermittlungsbehörden entstand, und die durch den NSU Geschädigten kaum Gehör fanden, als sie Rassismus als Tatmotiv thematisierten.

Es sind diese gesellschaftlichen Verhältnisse, die es zu untersuchen gilt, um verstehen zu können, warum die Taten des NSU möglich waren. Die Forschung muss dafür Sorge tragen, dass eben diese gesellschaftlichen Bedingungen nicht historisiert, sondern in ihrer Aktualität untersucht werden.

Literatur

Dostluk Sineması (2014): Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre. Berlin.

Kleffner, Heike (2014): »Generation Terror«: Der NSU und die rassistische Gewalt der 1990er Jahre in NRW. In: Dostluk Sineması, S. 25-35.

Lentin, Alana/Titley, Gavan (2011): The crisis of multiculturalism. Racism in a neoliberal world. London.

Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times. Urham/London.

Schmidt, Jürgen (2002): Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging. Berlin.

Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin. Der Text entstand maßgeblich in Zusammenarbeit mit Bernd Kasperek.

Innen und Außen

Probleme des Münchener NSU-Prozesses im gesellschaftlichen Kontext

Von Friedrich Burschel

In keinem anderen Verfahren ist die hermetische Abkapselung einer Gerichtsverhandlung so problematisch wie beim NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München: denn auch außerhalb des Gerichtssaals spielt der ganze NSU-Komplex eine gesellschaftlich immer noch wichtige Rolle und sorgt mit immer neuen (journalistischen) Enthüllungen und Ermittlungsergebnissen für Verwirrung und Aufsehen, das dann in den Gerichtssaal zurückstrahlt. Trotzdem findet keine direkte Bezugnahme der Richter_innen etwa zu medialen Enthüllungen und aktuellen Fernsehbeiträgen statt, auch wenn diese unmittelbar Auswirkungen auf den je verhandelten Gegenstand haben.

Ein Beispiel: der Zeuge Matthias Dienelt wurde vor Gericht vernommen. Gegen ihn wird noch ermittelt, denn er war einer der Quartiergeber für das „NSU-Trio“ in Zwickau; von ihm angemietete Wohnungen dienten den Untergetauchten als Unterschlupf, zuletzt die dann zerstörte in der Frühlingsstraße. Vor Gericht verweigerte er die Aussage und in den polizeilichen Vernehmungen versuchte er sich als „Kamerad“ darzustellen, für den es selbstverständlich war, für „seine Leute“ einen solchen Freundschaftsdienst zu leisten ohne groß nach den Hintergründen zu fragen. Sonst, so stellte er es dar, habe er aber kaum etwas mit seinen „Untermietern“ zu tun gehabt, geschweige denn gewusst, wie „die drauf gewesen“ seien. Gelegentlich habe der heute 38-jährige Kraftfahrer in seiner Mittagspause in der Frühlingsstraße ein Nickerchen gemacht und bei einer Tasse Kaffee ein kurzes Schwätzchen mit den Dreien gehalten. Wie viele andere Nazi-Zeug_innen im Verfahren stellt sich der Zeuge somit als harmlos dar und als jemand, der nichts gewusst, nichts geahnt und sich nichts gefragt habe.¹ Am 28. August 2014 strahlte der MDR dann jedoch brisantes Material aus, das die Aussagen Dienelts und seine behauptete Harmlosigkeit doch erheblich in Frage stellte: Aufnahmen der vom mutmaßlichen Kern-Trio des NSU in der Zwickauer Frühlingsstraße installierten Überwachungskameras zeigen ihn bei einer herzlichen Begrüßungsumarmung mit Beate Zschäpe und wie er am Hauseingang wie selbstverständlich den Briefkasten leert. Dass er vermutlich ein enger Vertrauter des „Trios“ und damit Mitwisser gewesen

sein muss, wirft für seine Vernehmungen und für das Ermittlungsverfahren gegen ihn natürlich neue Fragen auf, die den Weg ins Gericht jedoch nicht finden werden.² Beispiele dieser Art oder etwa auch die politischen Auseinandersetzungen in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA)³ und bei der gesellschaftlichen Bewertung und Diskussion ihrer Ergebnisse kommen im Gerichtssaal meist verspätet und nur in Form von Akten an. Sollten Fragen zu derartigen Vorgängen doch einmal den Weg in den Verhandlungssaal finden, etwa durch einen dezidiert und gewöhnlich exzellent ausgearbeiteten Beweisantrag oder eine Erklärung seitens eines guten Dutzends engagierter Nebenklage-Anwält_innen, werden sie, wenn nicht von Verteidigung

2 NSU überwachte Umfeld seiner Wohnung in Zwickau“: http://www.mdr.de/themen/nsu/fakt_nsu_unterschlupf_fruehlingsstrasse100_zc-8b10b4c1_zs-cdfad334.html

3 Abschlussbericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses, Bundestags-Drs 17/14600 vom 22.8.2013: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf>; noch dezidiert und detaillierter der des Thüringer Landtages, Drs 5/8080 vom 16.7.2014: <http://www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/aktuell/2014/drs58080.pdf>; weitere PUAs gab es in der Landtagen Sachsens und Bayerns, neue NSU-Untersuchungsausschüsse wird es in Nordrhein-Westfalen und Hessen geben; bisher vergeblich wird auf einen im Baden-Württembergischen Landtag gewartet, obwohl er gerade dort schon wegen der enormen Ungereimtheiten bezüglich des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter und des Mordversuchs an ihrem Kollegen Martin Arnold 2007 in Heilbronn als dringend notwendig erachtet wird – bisher treibt die rot-grüne Landesregierung hier aus unerfindlichen Gründen quer.

und Senat, gewiss von der Bundesanwaltschaft (BAW) beanstandet und als nicht verfahrensrelevant zurückgewiesen.

So können im Laufe des Verfahrens noch schräge Ungleichzeitigkeiten entstehen, wenn etwa der neu eingesetzte hessische PUA – vermutlich Ende 2014 – damit beginnt, den dubiosen Geheimdienstmitarbeiter und V-Mann-Führer Andreas Temme seinerseits zu den Umständen und Hintergründen zu befragen, die dazu führten, dass er, der verbeamtete Verfassungsschutzmann, am 6. April 2006 in einem Kasseler Internetcafé zugegen war, als dessen Betreiber Halit Yozgat hingerichtet wurde – mit der unterdessen berühmten Tatwaffe Česká 83 des NSU. Sollte der PUA trotz der halsstarrigen Verweigerungshaltung des Geheimdienstlers neue Erkenntnisse zutage fördern, hätten auch sie vermutlich keine Relevanz mehr für das NSU-Verfahren, das bis Mitte 2015 terminiert ist: Temme ist dort nach fünf langen und nervenaufreibenden Vernehmungstagen als Zeuge bereits entlassen worden, mit ihm ist man – schon angesichts der noch anstehenden Masse an Zeug_innen – bereits „durch“.

Es wird die Kunst einer kritischen Prozessbeobachtung sein, diese unterschiedlichen asynchronen Erzählstränge und die überbordende Informationsfülle mit Randthemen und filigranen Details zu einem einigermaßen nachvollziehbaren Narrativ zusammenzuführen, um zu validen Schlüssen, Konsequenzen, Einschätzungen und Forderungen zu kommen: diese hohe Erwartung lässt viele mit dem NSU-Komplex Beschäftigte schon jetzt zagen.

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er ist am OLG in München im NSU-Prozess akkreditierter Korrespondent des nicht-kommerziellen Lokalsenders Radio Lotte Weimar und beobachtet das NSU-Verfahren außerdem für das Internet-Projekt „NSU-Watch“. Sämtliche Beiträge zum NSU-Komplex finden sich unter: <http://www.rosalux.de/news/39697/in-die-abgruende-staatlicher-verstrickung-blicken.html>

1 NSU-Watch, Protokoll des 125. Prozesstages, 9.7.2014: <http://www.nsu-watch.info/2014/07/protokoll-125-verhandlungstag-9-juli-2014/>

„Migrantenkinder“ und „Wir“

Der erziehungswissenschaftliche Diskurs über den Nationalsozialismus als Lerngegenstand in der Einwanderungsgesellschaft*

Von Rosa Fava

„Besonders von Kindern mit Migrationshintergrund hören Lehrer [beim Thema Holocaust; d.Vf.] oft die Frage: „Was habe ich damit zu tun?“ Weil sie oder ihre Familie aus anderen Ländern kommen, fühlen sie sich von diesem Teil der Geschichte noch weniger betroffen als ihre Klassenkameraden.“ (Wiesenhütter/Herzog 2014) Äußerungen wie diese, die Desinteresse von „Kindern mit Migrationshintergrund“ gegenüber dem Holocaust markieren, prägen seit Ende der 1990er Jahre den erziehungswissenschaftlichen Diskurs, der das Verhältnis von Einwandererkindern zum Nationalsozialismus und Holocaust als Lerngegenstand thematisiert. Bevorzugt an Gedenktagen finden sich auch immer wieder Zeitungsartikel mit ähnlichen Aussagen. Beispielsweise betitelte DIE ZEIT 2010, anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, einen Artikel über „Die Deutschtürken und der Holocaust“ mit „Was geht uns das an?“ – obwohl die zitierten Umfrageergebnisse nicht nahelegten, es sei typisch für „Deutschtürken“, sich diese Frage zu stellen (DIE ZEIT, 21.01.2010).

Im eingangs zitierten Beispiel findet sich eine bei aller Relativierung dennoch deutliche Differenzierung zwischen Kindern, die oder deren Eltern(teile) eingewandert sind oder nicht. Eine solche Differenzsetzung bildet die Grundlage der meisten Artikel. Schülerinnen und Schüler werden nicht danach unterschieden, ob sie an Geschichte und Politik interessiert sind, sondern ihre familiäre Herkunft erscheint als ausschlaggebender Faktor dafür, ob die Beschäftigung mit dem Holocaust (besonders stark) in Frage gestellt wird oder nicht. Aus der postulierten Differenz wird oft ein Problem, in der Regel

* Zusammenfassung aus der im November 2014 erscheinenden Dissertation: Rosa Fava: Die Neuausrichtung der Erziehung nach Auschwitz in der Einwanderungsgesellschaft. Eine rassismuskritische Diskursanalyse, Berlin 2014: Metropol-Verlag.



SchülerInnen auf Exkursion zu einer NS-Gedenkstätte. (Foto: Georg Edelbrock)

eine Herausforderung, manchmal auch eine Chance abgeleitet, die für den Unterricht bzw. das Lernen an Gedenkstätten bestimmend sein soll.

Tradierte Topoi aus dem Migrantendiskurs

Die abstammungsbezogene Unterscheidung von Schüler_innen sowie viele damit verbundene Aussagen und Argumentationsmuster sind aus dem allgemeinen Migrations- beziehungsweise Migrantendiskurs¹ bekannt, ob es das Thema Wohnen, Arbeit, Bildung oder überhaupt die Einwanderung nach Deutschland ist: Über Menschen, die oder deren Eltern(teile) oder andere Verfahren eingewandert sind, wird kaum wie über eine selbstverständlich als deutsch verstandene Bevölkerungsgruppe gesprochen, etwa wie über Rentner_innen oder Arbeitnehmer_innen. Stattdessen steht in der Regel eine Besonderheit im Vorder-

¹ Ausgehend davon, dass das Sprechen über Migration bzw. über Einwanderung nach Deutschland wesentlich ein personalisierendes Sprechen über „Migranten“, „Ausländer“, „Gastarbeiter“ usw. ist und war, wird hier der Begriff Migrantendiskurs verwendet.

grund, die als Andersartigkeit oder Abweichung von Deutschen formuliert wird und die ein grundlegend „anderes“ Handeln erforderlich mache. Derart über „Migranten“ zu sprechen wird in Deutschland quasi als Schulwissen erlernt:

„[Migrant_innen] stehen unter einer Art gesellschaftlicher Dauerbeobachtung und existieren außerhalb von Problemen und Defiziten positiv und als eigene soziale Gruppe nur dort, wo ihnen die Funktion der Bereicherung zugeschrieben wird. Die Normalität eines unmarkierten Hierseins kann es [...] nicht geben, denn [...] sie [sind] Gegenstand einer thematischen Besonderung.“ (Höhne/Kunz/Radtke 2005, 601; Hervorheb. dort)

Das Denkmuster der Differenzierung und Verbesonderung besteht unabhängig davon, ob die Andersartigkeit traditionellerweise als Defizit und oft auch als Gefährdung des Eigenen verstanden oder ob sie bewusst akzeptiert wird:

„Dass Jugendliche palästinensischer und türkischer Herkunft die Beschäftigung mit der Shoah mehrheitlich ablehnten und sich bei diesem Thema antisemitisch äußerten, ist eine weitverbreitete Meinung. Die Autorin geht hingegen davon aus, dass sich auch diese Jugendlichen für den Holocaust inter-

essieren und Empathie für die Opfer entwickeln, wenn sie sich mit ihren Familiengeschichten anerkannt fühlen.“ (Klappentext zu Gryglewski 2013).

Hier bestätigt sich im „Wenn“ der zuvor als „Meinung“ zurückgewiesene Wissensbestand über, in diesem Falle, Jugendliche türkischer oder palästinensischer (Familien-) Herkunft: Sie lehnten – wie im Gegensatz zu Jugendlichen anderer Herkunft suggeriert wird – nicht nur die Beschäftigung mit dem Thema ab, sondern äußerten sich auch antisemitisch, was wiederum als Eigenart dieser Jugendlichen erscheint. Nur durch besondere Maßnahmen könnten sie wie Menschen deutscher Herkunft Interesse für den Holocaust und Empathie mit dessen Opfern entwickeln sowie auf antisemitische Äußerungen verzichten lernen.

Die Diskussionen über die – als neu wahrgenommene – Anwesenheit von Schüler_innen, deren Eltern keine Deutschen sind, in den Schulstunden zum Thema Nationalsozialismus reproduziert augenscheinlich Denkweisen, die zur Auseinanderdividierung der Bevölkerung, statt zur Überwindung dieses typischen gesellschaftlichen Umgangs mit der Einwanderung beiträgt. Diese Beobachtung bildet den Ausgangspunkt dafür, den erziehungswissenschaftlichen Diskurs einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Theoriegeleitete Diskursanalyse: Rassismuskritik und Migrationspädagogik

Die Kritische Diskursanalyse liefert in Verbindung mit dem rassismuskritischen Paradigma aus der Migrationspädagogik einen methodischen Werkzeugkasten, um den Diskurs und seine epistemischen Grundlagen aufzuschließen. Die Migrationspädagogik will Wanderungsprozesse und damit verbundene gesellschaftliche Verhältnisse und Ausgangslagen mit Blick auf alle Subjekte betrachten. Die klassische Auftrennung in „Deutsche“ und, als Gegenbild dazu, „Migranten“ soll überwunden werden:

„Eine zentrale Aufgabe der Migrationspädagogik besteht in der Beschäftigung mit der Frage, wie der und die Andere unter Bedingungen von Migration erzeugt wird und welchen Beitrag pädagogische Diskurse und pädagogische Praxen hierzu leisten“ (Paul Mecheril 2004, 19; Hervorheb. dort).

Das durch diskursive und nichtdiskursive Praktiken Zu(m)r-Anderen-Machen – zum Beispiel auch „die Frau“ als Anderes „des Mannes“ oder „der Orient“ als Anderes „des



Westens“ – wird als Othring bezeichnet. Das sprachliche Festschreiben einer Gruppe als Gegenstück der Eigengruppe setzt dabei einen Apparat gesellschaftlicher Institutionen und Verhältnisse von Ungleichheit voraus, der die hegemoniale Gruppe zur ebensolchen Gruppe macht und ihr die Ressourcen gibt, in wissenschaftlichen, medialen oder Alltagsdiskursen Festschreibungen vorzunehmen. Dem in der Ethnologie und postkolonialen Theorie entwickelten Konzept des Othring liegt das psychoanalytische Modell zu Grunde, wonach ein Subjekt zur Herausbildung einer integren Persönlichkeit oder Identität unerwünschte Anteile von sich absplattet und auf andere projiziert. Das Modell wird auch auf kollektive und politische Identitäten bezogen.

Die postulierte Differenz zwischen der Wir- und der Sie-Gruppe wird als Gegensatzpaar verstanden, sodass eine starke Bindung zwischen den zwei Polen besteht, wie im folgenden Beispiel aus dem untersuchten Diskurs:

„Wenn man einer ethnisch gemischten Gruppe von Jugendlichen ein Exekutionsfoto aus dem Holocaust präsentierte und um eine Bildbeschreibung böte, würden die deutschen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund vermutlich umgehend die Handlungsbedingungen der Täter fokussie-

ren und deren Handeln als Ausdruck einer akuten Notsituation vorstellen. Die Opfer würden wahrscheinlich übersehen werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund neigten dagegen eher zur Anklage der Täter oder zu Empathiebekundungen angesichts der Situation der Opfer.“ (Zülsdorf-Kersting 2006, 81)

Es geht nicht um Unterschiede, die parallel zueinander stehen könnten, zum Beispiel wenn spekuliert würde, die Deutschen ohne Migrationshintergrund würden die Handlungsbedingungen von Wehrmachtssoldaten zum Thema machen und die Deutschen mit Migrationshintergrund würden die Frage erörtern, warum Menschen die NSDAP gewählt haben.

Forschungsleitende Fragen und Materialkorpus

Als Untersuchungsmaterial diente die erziehungswissenschaftliche und pädagogische Literatur aus den Arbeitsfeldern Gedenkstättenpädagogik, schulbezogene Geschichts- und Politikdidaktik und historisch-politische Bildung über den Nationalsozialismus an besonderen Lernorten. Dabei sind die unterschiedlichen Einrichtungen eng miteinander verbunden, da es in der Regel

Schulklassen sind, die Gedenkstätten oder andere Einrichtungen (beispielsweise eine nach Anne Frank benannte Begegnungsstätte in Frankfurt oder Berlin) im Rahmen des Unterrichts besuchen. Die leitenden Fragestellungen der Untersuchung sind:

1. Nach welchen Kriterien wird bestimmt, wer ein Migranten- und wer dementsprechend ein Deutschenkind sei?
2. Wie werden die Migrantenkinder ins Verhältnis zum Lernen über den Nationalsozialismus gesetzt?
3. Was gilt dabei als das, was alle lernen sollen, und erscheint es nur über die Differenzierung in Deutsche und Migranten lernbar?
4. Welche migrantendiskurstypischen Phänomene treten auf? Und: Findet dabei das Othring statt?

Analysiert wurden etwa 100 Artikel bzw. einige Sammelbände und zwei Monografien, beginnend mit einzelnen Texten aus den späten 1990er Jahren und mit 2008 als forschungspragmatischen Endpunkt. Die Texte lassen sich zwar gemäß verschiedenen thematischen Feldern oder Arbeitsbereichen vorsortieren („Menschenrechtsbildung“, empirische Forschung, Handreichungen), dies erwies sich bei der Analyse der Topoi jedoch als wenig relevant. Bemerkenswert ist, dass die vorhandenen Studien so unterschiedlich sind (biografische Einzelinterviews, Unterrichtsbeobachtungen, quantitative Umfragen etc.), dass sie sich kaum systematisch vergleichen lassen.

An einem Beispiel sei aufgezeigt, wie ein analytischer Code gebildet und daraus ein Topos herauskristallisiert wird. So heißt es in einem Artikel: Dass sich die Präsenz von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund [...] zu einem Problem der pädagogischen Arbeit entwickelt hat, ist [...] zu erklären [...] aus der Verweigerung einiger Jugendlicher, sich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen, indem sie sich auf ihre ethnische Herkunft berufen“ (Haug 2005, 4). Die im Text nicht näher definierten „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ werden über den Begriff der „Verweigerung“ ins Verhältnis zum Lernen über den Nationalsozialismus gesetzt. In anderen Texten ist auch von „Widerstand“ oder von einem „Ausschluss“ zu lesen. Dieser wird manchmal als „Selbstausschluss“ der betrachteten Jugendlichen gefasst, manchmal als „Ausschluss“ durch die Lehrkräfte und Pädagog_innen. Insgesamt ergibt sich das Bild, die Jugendlichen

„mit Migrationshintergrund“ verhielten sich quasi abstinenter gegenüber dem Thema Holocaust und Nationalsozialismus. „Abstinenz“ wird so zum Begriff, mit dem sich der Wissensbestand und Argumentationstopos gut in seinen verschiedenen Variationen fassen lässt.

In einigen Texten, die oft als gegendiskursive Beiträge verfasst sind, wird hingegen von einer „Teilhabe“ der Schüler_innen an der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausgegangen, die dennoch durch besondere pädagogische Mittel zur vollen Entfaltung gebracht werden müsse. Zwischen diesen beiden Vorstellungen vermittelt das Bild vom „Eintrittsbillet“, wie es im folgenden Zitat mit Blick auf eine Gruppe befragter Schüler_innen verwendet wird: „Es scheint, als diene die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Grad der (Selbst-)Verstrickung in diese Geschichte quasi als ‚Eintrittsbillet‘ in die deutsche Gemeinschaft.“ (Georgi 2003, 302)

Ergebnisse

Von den vielen Ergebnissen der Analyse des sehr komplexen Diskurses werden hier nur ausgewählte Punkte vorgestellt, die Antwort auf die Frage geben, wie „die Anderen“ diskursiv geschaffen werden: Im Wesentlichen durch die Setzung eines Selbstbildes mit bestimmten Eigenschaften.

„Migrantenkinder“?

Schon wenn Jugendliche ein Eltern- oder auch nur ein Großelternanteil haben, das eingewandert ist, gelten sie als „mit Migrationshintergrund“ und nicht als Deutsche, die einen familienbiografischen Bezug zum Nationalsozialismus hätten. Auch wenn beispielsweise in empirischen Studien lediglich die Herkunft der Eltern abgefragt wird, ist im Diskurs der Rückgriff auf die Großeltern vorherrschend. Die Ursache für die Auseinanderdifferenzierung nach den Großeltern liegt darin, dass eine sehr selten näher (zum Beispiel über Geburtsjahrgänge) definierte deutsche Großelterngeneration als ein Kollektiv gilt, das als Täter/Mitläufer/Zuschauer schuldhaft in die NS-Verbrechen verstrickt bzw. dafür verantwortlich gewesen sei. Dies gilt als „Bezug zum Holocaust“ und als Differenzkriterium.

Gleichzeitig gelten „Migrantenkinder“ als Personen, die sich – (groß-)elternbedingt – mit anderen Nationen als der deutschen (fast immer Türkei) und/oder mit dem Islam identifizieren. Beide Differenzen zeitigten

bei „Migrantenkindern“ andere psychische Grundlagen bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus als bei „Deutschen“ und bei „Muslimen“ eine Tendenz zu Antisemitismus und Israelfeindschaft.

Gegenüber diesen Bestimmungen tritt die Differenzsetzung über Rassismuserfahrungen der Schüler_innen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte und/oder über Flucht- und Kriegserfahrungen in den Hintergrund. Beides wird zwar oft erwähnt, aber sehr selten vertiefend ausgeführt.² Stattdessen wird eine mit Rassismus- oder Fluchterfahrung (angeblich) verbundene Tendenz zur Gleichsetzung der eigenen Erfahrungen mit denjenigen der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus zum Thema der Aufsätze.

Beziehung zum Lerngegenstand

Als didaktische Antwort auf die in wenigen Fällen durch einzelne Erfahrungen veranschaulichte, aber nie empirisch belegte Abstinenz oder Indifferenz von Schüler_innen ohne vier deutsche Großeltern gegenüber dem Nationalsozialismus stehen die folgenden drei Punkte im Vordergrund des Diskurses: 1. Die Repräsentation nichtdeutscher natio-/ethno-kultureller Gruppen im Themenzuschnitt und in den Lernmaterialien, vor allem durch die Arbeit mit Biografien türkischer Juden im Holocaust, durch die (Mit-)Thematisierung des Genozids an den Armenier_innen, durch eine als universal geltende Kontextualisierung in der Menschenrechtsbildung oder in selteneren Fällen durch subjektorientierte Methoden, die den Einzelnen besonders viel Raum für eigene Assoziationen und Bedeutungszuschreibungen geben sollen. 2. Solche Herangehensweisen werden als manchmal so genannte „Pädagogik der Anerkennung“ verstanden, die zum „Einbezug“ der „Migrantenkinder“ beitragen soll. Dabei vermischt sich der didaktische mit dem politischen Diskurs über Einwanderung („Integration“ als „Einbezug“), und die Repräsentation anderer Nationen oder des Islams im Lernmaterial wird als „Anerkennung und Repräsentation“ im Sinne des Multikulturalismus verstanden. Dazu gehört die Vorstellung, durch Verwendung besagter Materialien oder durch Raum für „eigene“ Perspektiven werde die Assimilation der Schüler_innen vermieden. Das Verbot der Assimilation beziehungsweise

² Insbesondere bei diesem Punkt gab es in den letzten Jahren Veränderungen.



(Foto: Georg Erdelbrock)

das Gebot der „Achtung des Fremden und Anderen“ wird dabei als Lehre aus dem Nationalsozialismus angeführt. 3. Schließlich fordern die Diskursakteur_innen, den Schüler_innen beim Lernen über den Holocaust Raum zu geben für die „differenzierte“ Artikulation von eigenen Gewalterfahrungen, die keine „Identifikation mit den jüdischen Opfern“ oder israelbezogenen Antisemitismus beinhalten.

Was sollen alle lernen und erscheint es nur über die Differenzierung lehrbar?

Im untersuchten Diskurs verschränken sich zwei auch pädagogische Diskurse, derjenige über die manchmal so genannte „Erziehung nach Auschwitz“ und derjenige über interkulturelles Lernen, über die Einwanderung nach Deutschland und eine damit verbundene (multikulturelle) nationale Identität. Die zentralen Topoi des ersten Diskurses sind seit den 1990er Jahren die Auseinandersetzung mit der deutschen und familiären Schuld/Involvierung, die Annahme des „negativen Erbes“ und von Haftung und Verantwortung. Im zweiten Diskurs stehen bei den Befürworter_innen der Einwanderung die Repräsentation anderer Kulturen und die Abkehr vom Ethnozentrismus im Vordergrund. Ein verbindendes Lernziel ist in beiden die „Anerkennung des Anderen und Fremden“ bzw. das Assimilierungsverbot, und dabei wird die multikulturelle Orientierung explizit als Lehre aus dem Versagen der deutschen Großeltern verstanden. Für die Diskursakteur_innen ergibt sich so ein Dilemma. Einerseits wollen sie die „Migrantenkinder“ gleich und als Deutsche behandeln, andererseits bringen diese keine schuldinvolvierten deutschen Großeltern mit und dürfen nicht assimiliert werden.

Elemente aus dem Migrantendiskurs

Es finden sich zahlreiche Strukturen des allgemeinen Sprechens über „Migranten“ wieder. Augenfällig ist die Türkisierung und Muslimisierung von „Migranten“. Gut erkennbar ist auch die Ethnisierung des Sozialen und des Politischen: Die Beobachtung beispielsweise, dass Schüler_innen „mit Migrationshintergrund“ sich in einer Gedenkstätte auffällig verhielten, wird zwar manchmal im Nebensatz in Beziehung zur Schulform und zum sozialen und Bildungsstatus der Familien gesetzt, zum Thema gemacht wird aber die Ethnizität.

Zentral im Diskurs ist das Othering. Dabei sind es sehr wenige Attribute, die „Migranten“ zugesprochen werden, stattdessen wird ihre „Andersartigkeit“ betont, fokussiert auf das Fehlen familienbiografischer Bezüge zum Holocaust. Dem steht die quasi totale Homogenisierung der „Deutschen“ gegenüber: Diese erscheinen als eine alle „Deutschen“ umfassende 68er-Generation, die die Schuld der leiblichen Vorfahren bearbeitet und aus den Verbrechen gelernt habe, als geläutertes Kollektivsubjekt. Jüdische Deutsche oder Widerständler_innen kommen nicht vor. Aufgrund der nichtdeutschen Großeltern können „Migranten“ keine im Intergenerationenwandel geläuterten Deutschen sein. Im Sprechen über „Migranten“ ohne familienbiografische Bezüge zum Holocaust findet also fortwährend eine Selbstkonstruktion als Kollektiv von Einzelwesen statt, die alle mit Schuld behaftete Vorfahren hätten und die sich aus diesem Grund mit dem Nationalsozialismus befassten und nicht antisemitisch seien. Die zentrale Zuschreibung an „Migranten“, „anders“ zu sein, bekräftigt das eigene So-Sein.

In den Inhalten der Zuschreibungen an „Migranten“ finden sich Abspaltun-

gen des Unerwünschten, das das Idealbild der deutschen Nation irritieren würde. Es handelt sich dabei um dieselben Topoi, die Kritiker_innen der früher so genannten Vergangenheitsbewältigung seit den 1940er Jahren zum Thema machen: Die „Verweigerung“, sich mit dem Nationalsozialismus zu befassen, die „Gleichsetzung“ des Holocaust mit anderen Verbrechen, das Bestehen von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit.

Einige der Pädagogen oder Wissenschaftler_innen reflektieren, welche Selbstbilder durch die Fest-Schreibung von Bildern von „Migranten“ transportiert werden und wie sich dabei Pädagogik mit Politik vermengt. Dies trägt zur Öffnung des Diskurses bei.

Literatur

Georgi, Viola B. 2003: Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg.

Gryglewski, Elke 2013: Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust, Berlin.

Haug, Verena (2005): Gedenkstätten mit Jugendlichen besuchen: grundsätzliche Bemerkungen und methodisch-didaktische Anregungen – unter Berücksichtigung der Aspekte Lernalter, Gender, Jugendliche mit migrantischem Hintergrund. Input für das Seminar zur Lehrerfortbildung in Mauthausen, 6.-8. März 2005. (http://www.erinnern.at/e_bibliothek/gedenkstat-ten/607_Haug%202005_Ref_website.pdf [22.10.2014])

Höhne, Thomas/Kunz, Thomas/Radke, Frank-Olaf 2005: Bilder vom Fremden. Was unsere Kinder aus Schulbüchern über Migranten lernen sollen, Frankfurt/Main.

Mecheril, Paul 2004: Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim/Basel.

Wiesenhütter, Lukas/Herzog, Mechthild 2014: Die kleine Hanna und das große Grauen, in: Süddeutsche Zeitung v. 04.08.2014.

Zülsdorf-Kersting, Meik 2006: Identitätsstiftung durch das Grauen? Jugendliche und das Thema „Holocaust“, in: Zeitschrift für Genozidforschung 2/2006, 67-90.

Rosa Fava leitet seit 2012 das Projekt „Vielfalt in Schulen“ im Jüdischen Museum Berlin.

Antiziganismus in der „Mitte“ der Gesellschaft: Das Beispiel Thilo Sarrazin

Von Michael Lausberg

Zahlreiche regionale und überregionale Medien sowie Politiker_innen, vor allem aus den Reihen der beiden großen „Volksparteien“, beteiligen an der antiziganistischen Stigmatisierung der Einwander_innen aus Rumänien und Bulgarien. In diesem Chor darf Thilo Sarrazin nicht fehlen. Die in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab.“¹ aufgestellten rassistischen, wohlstandschauvinistischen und klassischen Behauptungen² bilden auch die Grundlage für seine Hetze gegen Einwander_innen aus Bulgarien und Rumänien.

In einem Gastbeitrag für das Magazin „Focus“ warnte Sarrazin im Dezember 2013 mit Blick auf die 2014 einsetzende Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit vor einer „steigenden Armutseinwanderung“ in die BRD – nicht nur aus der EU.³ Die Überschrift „Hartz IV für die Welt?“ spielt auf die rassistische Parole „Deutschland ist nicht das Sozialamt der Welt“ an, die bereits Anfang der 1990er Jahre in Deutschland und auch jüngst beim Europa- und Kommunalwahlkampf 2014 Hochkonjunktur hatte. Das „Argument“ der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ auf dem Rücken deutscher Beitragszahler_innen zieht sich durch seine Beweisführung. Sarrazin prognostizierte, dass 2013 „unter den Zuwanderern auf jeden qualifizierten Ingenieur aus Spanien wohl 100 Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien kommen.“ Daher sei „Freizügigkeit für EU-Bürger und Anspruch auf Sozialleistungen im frei gewählten Aufenthaltsland“ nicht

miteinander vereinbar. Diese „Armutseinwanderer“ kämen zudem auch nicht alleine, sondern würden ihre „ganze Großfamilie“ mitbringen. Dabei schürt er auch Ängste vor einer massenhaften Einwanderung von den „circa acht Millionen Roma auf dem Balkan“ und der Menschen in Afrika, „deren Zahl alle drei Jahre so stark zunimmt wie die Bundesrepublik Einwohner hat“: „Wenn gar nichts mehr geht, wird ihnen der deutsche Sozialstaat helfen. Sie müssen es nur irgendwie über die deutsche Grenze schaffen, und ihnen ist (zur Not ganz ohne Arbeit) ein Lebensstandard sicher, der in ihren Heimatländern traumhaft wäre.“⁴

Die „Armutseinwanderung“ gehe zu Lasten „deutscher Steuerzahler“ und träge auch die „wachsende Zahl deutscher Rentner“, die „dafür kürzertreten“ müssten. Hier werden Deutsche und Migrant_innen gegeneinander ausgespielt, wobei die Migrant_innen angeblich bevorzugt zum Schaden der Deutschen behandelt werden. Doch damit nicht genug: In Sarrazins Augen kommen auch die „falschen“ Zuwander_innen: „Die Hoffnung auf deutsche Sozialleistungen lockt nicht jene positive Auslese (sic) jener qualifizierten und leistungsstarken Einwanderer an, die das alternde und geburtenarme Deutschland braucht, sondern das Gegenteil davon“⁵

Und er weiß auch die Verursacher dieser Situation auszumachen: Der „herrschende Denkstil“ sei geprägt von einer „von der Wirklichkeit abgewandte(n) Welt-sicht“, die die „Folgen des eigenen Handelns nicht übersieht“ und „unbeirrt in die falsche Richtung“ gehe. In dieser so konstruierten Situation sucht Sarrazin nach einem/einer Retter(in) und stellt die rhetorische Frage: „Wer aber rettet Deutschland – zunächst vor Illusionen und Selbstbetrug und später vor deren Folgen?“⁶ Als „Gegensteuerung“ plädier-

te er für eine „Reform der Hartz-IV-Gesetze für Ausländer“. Diese sollten in den ersten zehn Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland lediglich das erhalten, was ihnen in ihren Heimatländern zustehe. Die weitere Abschottung der BRD steht ebenfalls auf der Agenda; die BRD benötige ein „wirksames Grenzregime, das illegale Zuwanderung verhindert.“

Fazit: Sarrazin stellt die Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien in einer Semantik der Gefahren dar und schreibt den Migrant_innen vorwiegend devian-te Eigenschaften zu. Der Diskurs um die Zuwanderung wird in einen antiegalitären und völkisch-nationalistischen Deutungsrahmen überführt, wo eine unüberwindbare Bipolarität zwischen Migrant_innen und Deutschen suggeriert wird. Sarrazin huldigt anthropologisch einem radikalen Utilitarismus; die Sortierung von Zuwander_innen in „nützlich“ und „unnützlich“ für die bundesrepublikanische Gesellschaft ist ein Fingerzeig für sein zweckrationales menschenverachtendes Weltbild.

Dabei nutzt er immer wieder die Konstruktion der „Armutsmigration“ aus Rumänien und Bulgarien, obwohl Zahlen und Fakten zeigen, dass eine Mehrheit der Zuwander_innen ökonomisch und sozial gut integriert ist.⁷ Der Migrationsforscher Klaus J. Bade bezeichnet den Terminus „Armutsmigration“ deshalb zu Recht als ein „semantisches Schandmal“ und „die damit verbundene gruppenfeindliche Agitation gegen Bulgaren und Rumänen und insbesondere die Roma unter ihnen (...) als eines der beschämendsten Kapitel in der Geschichte der deutschen und europäischen Ausländerdiskussionen“.⁸

Michael Lausberg ist Mitarbeiter im DISS.

1 Sarrazin, T.: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010

2 Siehe dazu Friedrich, S. (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft: Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazin-debatte“, Münster 2011

3 www.focus.de/magazin/archiv/ein-kommentar-von-thilo-sarrazin-hartz-iv-fuer-die-welt_id_3465297.html (25.9.2014) Alle weiteren Zitate sind diesem Kommentar entnommen.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 www.migazin.de/2014/01/21/iw-studie-einwanderung-bulgarien

8 Zitiert aus www.jungewelt.de/2014/04-23/007.php

Was ist neu an „neuer Migration“?

Ein Werkstattbericht

von Katharina Schoenes und Hannah Schultes

Seit Anfang 2013 wird vermehrt über einen Anstieg der Migration aus von der Krise und der europäischen Austeritätspolitik besonders betroffenen Staaten wie Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal diskutiert.

So sprach der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seinem Jahresgutachten 2013 von einem „krisenbedingten Wanderungseffekt“, der Migrationsforscher Thränhardt (2013) konstatierte für Europa und die Bundesrepublik „eine Re-Europäisierung der Migration“, und das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL widmete den „neuen Migrantinnen“ Anfang 2013 seine Titelgeschichte: „Die neuen Gastarbeiter“ (9/2013). Überlagert wurde der Fokus auf krisenbedingte Migration aus Südeuropa im Laufe des Jahres 2013 durch eine gesteigerte politische und mediale Aufmerksamkeit für die Migration aus Südosteuropa. Dies geschah vor allem im Kontext des Inkrafttretens der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2014. Daraufhin kam es zu einer polarisierten Gegenüberstellung im Einwanderungsdiskurs, die sich im Kontext des Europawahlkampfes immer mehr zuspitzte: Während Migrantinnen aus Südeuropa medial als „kluge Köpfe“ und „neue Einwandererelite“ gefeiert wurden, wurden Menschen aus Bulgarien und Rumänien als illegitime „Armutsmigranten“ betrachtet, deren „Sozialtourismus“ verhindert werden müsse.

Jenseits der Produktion von statistischem Wissen durch Institutionen wie den SVR hat bisher kaum eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „neuer Migration“ beziehungsweise mit Netzwerken, Motivationen, Barrieren und Diskriminierungen

von EU-Migrantinnen stattgefunden. Die übergreifende Frage des von uns an der Humboldt-Universität zu Berlin angebotenen Tutoriums lautete daher: Wie verändert sich gegenwärtig das Migrationsregime durch die Migration von Menschen aus Südeuropa und Südosteuropa? Zentral für unsere Beschäftigung mit gegenwärtigen Konjunkturen des Rassismus war die Unterscheidung zwischen nützlichen, verwertbaren und daher erwünschten Migrantinnen einerseits und weniger nützlichen und daher unerwünschten (Armut-) Migrantinnen andererseits (Friedrich/Schultes 2011), die den Einwanderungsdiskurs im Kontext des neoliberalen Migrationsmanagements maßgeblich strukturiert.

Mithilfe von aus der kritischen Migrationsforschung entlehnten Konzepten wie „Transnationalismus“, „Autonomie der Migration“ und „Stratifizierung von Rechten“ wollten wir hinter diese zugespitzte Gegenüberstellung blicken und gegenwärtige Veränderungen im Migrationsregime sowie deren Auswirkungen auf die Lebenssituation von EU-Migrantinnen explorativ beschreiben. Einen wichtigen Bezugspunkt für die Analyse von Ein- und Ausschlüssen von EU-Migrantinnen bildete dabei das Konzept stratifizierter Rechte, wie es von der Soziologin Kathrin Mohr beschrieben wird (2005). Demnach resultieren unterschiedliche Statuspositionen zum Teil aus der Ungleichbehandlung aufgrund von Staatsbürgerschaft, teilweise aber auch aus Diskriminierungen im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im Behördenalltag sowie auf ungleichen Zugängen zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Diese Perspektive erlaubt es, das Zusammenwirken sozialrechtlicher Bestimmungen und struktureller Diskriminierungen in den Blick zu nehmen.

Insgesamt drei der im Sommersemester 2014 entstandenen Arbeiten beschäftigten sich unter unterschiedlichen Vorzeichen und Schwerpunkten mit der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. Daniel Kasch untersuchte in zwölf Ausgaben zwischen Januar 2013 und Juni 2014 Zuschreibungen an südeuropäische und südosteuropäische Migrantinnen und stellte heraus, dass die im medialen Diskurs vorgenommenen Unterscheidungen ihre negative beziehungsweise positive Bedeutung durch gesellschaftliche Wertvorstellungen erhielten. Prägend für die Darstellung von Armut sei, dass bei südosteuropäischen Migrantinnen keine Thematisierung der Armutursachen stattfindet. Dies entspricht Erkenntnissen aus der Antiziganismus-Forschung zur Darstellung von Armut. Im Unterschied

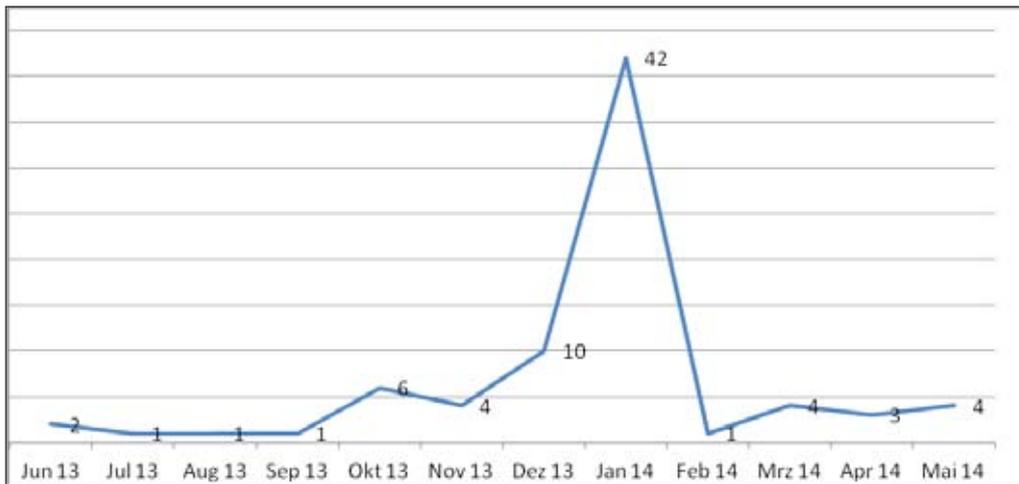
dazu thematisiere die Berichterstattung zu südeuropäischen Migrantinnen ihre Armut als Schicksalsschlag statt als natürlichen Zustand und ermögliche dadurch auch ihre Wahrnehmung als handelnde Subjekte.

Veronika Belcheva analysierte die Debatte um das Inkrafttreten der vollen Freizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien.¹ Es stellte sich heraus, dass die zwischen Juli 2013 und Juni 2014 im SPIEGEL und bei SPIEGEL ONLINE erschienenen Artikel von Expertenmeinungen und Statistiken geprägt waren, die sich in Titeln mit schwer einschätzba-

¹ Dies geschah auf Basis von 132 Artikeln zu den Stichworten „Bulgarien“ und „Rumänien“. Nach deren Sichtung wurden 35 von ihnen diskursanalytisch untersucht.

ren Zahlen wie „1,2 Millionen Menschen: Zuwanderung auf höchstem Stand seit 20 Jahren“ (SPIEGEL ONLINE v. 22.05.2014) niederschlugen. Der hohe Stellenwert von Statistiken zeigte sich auch in der Kritik an der Debatte, wenn etwa durch „Gegenstatistiken“ belegt werden sollte, dass „Neuzuwanderer“ eine hohe Qualifikation aufwiesen. Auch wenn „bewiesen“ werde, dass „Deutschland“ von südosteuropäischer Migration profitiere, sei weiterhin von der neuen Migration als Problem die Rede. Deutlich wurde auch, dass die Negativdarstellung von Bulgarien und Rumänien nicht erst mit der Debatte um die Freizügigkeit begann.

Anna Stammnitz befasste sich mit der gleichen Debatte, jedoch unter dem Aspekt der Darstellung von Migration aus Serbien, Mazedonien und Bosnien zwi-



Verdattung zweiter Ordnung
Die SPIEGEL-Berichterstattung zu „Armutszuwanderung“
Grafik von Veronika Belcheva

schon Januar 2014 und Juni 2014. Sie kam zu dem Schluss, dass in diesem Zeitraum erstens die geringe Anerkennungsquote der Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern thematisiert wurde. Zweitens erfolgte auch hier eine Gleichsetzung der Migration aus diesen Ländern mit der Migration von Sintize und Romnija. Hierdurch erscheint drittens die geringe Anerkennungsquote als doppelt legitim: Zum einen werde Armut weder politisch noch gesellschaftlich als legitimer Fluchtgrund anerkannt, zum anderen werde die Armut von Sinti und Sintize, Roma und Romnija als intrinsisch begriffen. Antiziganismus könne daher auch ein Vehikel für migrati- onsfreundliche Stimmungen sein.

Während diese Arbeiten diskursive Grenzziehungen und die Legitimation bestehender Ungleichheiten zum Gegenstand hatten, beschäftigten sich zwei interviewbasierte Projekte mit der Lebenssituation von EU-Migrantinnen. Vera Kijewski erfuhr in ihrem Interview mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiter einer Obdachlosenhilfe in Bremen vom Alltag von Migrantinnen, die sich an diese Einrichtung wenden. Der Ausschluss von den in der Einrichtung angebotenen Notunterkünften und der mangelnde Zugang zu medizinischer Versorgung scheinen hierfür kennzeichnend zu sein. Dass rumänische und bulgarische Verkäufer mittlerweile knapp die Hälfte der regelmäßigen Verkäuferinnen der an die Obdachlosenhilfe angebundenen Straßenzeitung ausmachen, verdeutlicht die Notsituation vieler südosteuropäischer Migrantinnen, aber auch einen gewissen Erfindungsreichtum bezüglich ihrer Strategien der Existenzsicherung. Dass Stigmatisierung, selektive Ein- und Ausschlüsse und Überausbeutung von Migrantinnen auch mit Selbst-

organisierung, transnationalen Praktiken und Widerständigkeit einhergehen, zeigte sich auch in der Arbeit von Sofia Ratsitska. Die von ihr untersuchte Rolle einer griechischen Gemeinde kann als Reaktion auf fehlende staatliche Strukturen beschrieben werden: So greifen in Berlin um die hundert, nicht nur griechische Beratungssuchende jeden Monat auf die angebotene Sozial- und Rechtsberatung zurück. Den Erfahrungen einer Mitarbeiterin der griechischen Gemeinde zufolge sind auch (formal) „hochqualifizierte“ Menschen aus Griechenland von Dequalifizierung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen und werden in prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gedrängt. Die Ergebnisse von Sofia Ratsiskas Arbeit werfen die grundsätzliche Frage auf, wie sehr der Begriff „Rassismus“ dienlich ist, um die über Ausgrenzung hinausweisende Neuzusammensetzung der Arbeit durch Migration analytisch zu fassen. Das Verhältnis von bestehenden Gemeinden und „neuen Migrantinnen“, die Frage der Virtualisierung migrantischer Netzwerke mittels Skype, Blogs und Facebook sowie neue Praktiken der Familienzusammenführung von europäischen Migrantinnen stellen weitere Ausgangspunkte für eine weitergehende Analyse von Veränderungen im Migrationsregime dar.

Zwar folgen aus der gegenwärtigen Tendenz zur Ausdifferenzierung und Hierarchisierung von Rechten diverse Lebensrealitäten und scheinbar fest abgegrenzte Statuspositionen. Die dominante Gegenüberstellung von erwünschten (weil ökonomisch nützlichen) Migrantinnen aus Südeuropa und unerwünschten „Armutsmigranten“ aus Bulgarien und Rumänien verdeckt jedoch gemeinsame Betroffenheiten und lässt gemeinsame

Interessen und Kämpfe undenkbar erscheinen. In Anbetracht dieser Einblicke schlagen wir vor, bei zukünftigen Untersuchungen von einer stratifizierten Unionsbürgerschaft auszugehen und sowohl die Hierarchisierungsprozesse zwischen EU-Staatsbürgerschaften zu untersuchen als auch gemeinsame Betroffenheiten zwischen EU-Migrantinnen sowie zwischen Migrantinnen mit und ohne EU-Pass herauszuarbeiten.

Literatur

Friedrich, Sebastian/Schultes, Hannah 2011: Von ‚Musterbeispielen‘ und ‚Integrationsverweigerern‘. Repräsentationen von Migrant_innen in der ‚Sarrazindebatte‘, in: Friedrich, Sebastian (Hg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft*. Münster: edition assemblage, 77-95.

Mohr, Katrin 2005: Stratifizierte Rechte und soziale Exklusion von Migranten im Wohlfahrtsstaat, in: *Zeitschrift für Soziologie* Jg. 34, H. 5, 383-398.

Thränhardt, Dietrich 2013: Tendenzen der innereuropäischen Migration, in: *APuZ* 47/2013, 17-24.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2013: http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2013/04/Web_SVR_Jahresgutachten_2013.pdf [15.10.2014]

Hannah Schultes ist Sozialwissenschaftlerin und beschäftigt sich mit den Auswirkungen des deutschen Vorbehalts gegenüber dem Europäischen Fürsorgeabkommen.

Katharina Schoenes ist Sozialwissenschaftlerin und plant eine Promotion zu Rassismus in der Verwaltungsrechtssprechung.



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)
Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.
 edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-
 rast 253 S., 24 €

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Rätzhel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Die Bio-Paranoia: Alle machen mit

Von Rolf van Raden

„Eine der größten Gefahren für heimische Tiere“ - unter dieser Überschrift berichtete Die Welt am 15. Oktober 2014 über eine angebliche „Bio-Invasion“: In den Ballasttanks von Frachtschiffen verstecken sich demzufolge regelmäßig „gefährliche Passagiere“ - oder wie es weiter unten im Artikel heißt: „Fremde Einwanderer“. Dabei geht es nicht um Flüchtlinge, die sich auf die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer machen, sondern um „Tierarten, die im Ballastwasser großer Schiffe als blinde Passagiere um die halbe Welt reisen“. Mit dieser anthropomorphen Sprache steht der Welt-Artikel in einer Reihe von Presseberichten, die das Konzept der Biodiversität umdeuten und es rechten Vorstellungen von Ethnopluralismus annähern: Das Fremde ist schon okay, so lange es nicht hier bei uns ist. Diese politisierende Überformung der Berichterstattung über Biologie hat Tradition, obwohl Biolog*innen der sensationslüsternen Berichterstattung bereits seit einiger Zeit widersprechen. Eine Reise in die Tierwelt als Projektionsfläche für gesellschaftliche Ängste.

Auch schlechte Publicity ist Publicity - wenn das der Maßstab ist, hat der Vatikan alles richtig gemacht. Zu Beginn dieses Jahres gingen Bilder der päpstlichen weißen Tauben um die Welt, die sofort von einer Möwe und einer Krähe brutal attackiert wurden, nachdem Papst Franziskus sie frei lies. Tierschutzorganisationen machen gegen die skurrile Praxis mobil, domestizierte Tauben als „Friedenssymbol“ auszusetzen und sie damit dem sicheren Tod zu übereignen. Nicht weniger skurril war allerdings die Medienberichterstattung über den Vorfall.

Es war Spiegel-Online-Redakteur Axel Bojanowski, der auf Deutschlands reichweitenstärkster Internetseite fragte: „Zeigte sich dort eine Art Rassismus gegen weiße Tiere, wie in Internetforen spekuliert wird?“ (SPON, 28.01.2014) Zwar bringt auch eine umfangreichere Online-Recherche keine Internet-Debatte zum Vorschein, in der vor der Spiegel-Online-Veröffentlichung von „Rassismus“ gegen weiße Tauben die Rede war. Seine Wirkung dürfte Bojanowskis Frage trotzdem nicht verfehlt haben. Schließlich überträgt er die in der extremen Rechten verbreitete Vorstellung angeblicher „Weißenfeindlichkeit“ auf die Tierwelt – eine Vorstellung, die hierzulande auch in konservativen Kreisen unter den Begriffen „Inländer-“ beziehungsweise „Deutschenfeindlichkeit“ in Mode ist.

Handelte es sich um einen platten Gag, um das eigentlich schon ausgelutschte Tauben-Thema ein weiteres Mal auf die Titelseite bringen zu können? Ja, gewiss. Aber nicht nur. Denn Bojanowskis Frage

reicht sich ein in ein in eine Berichterstattung über Biologie- und Umweltthemen, bei denen Journalist*innen immer wieder ganz tief in das Repertoire gesellschaftlich verbreiteter Vorurteile greifen.

Fiese Vergleiche

„Vorsicht, Fremde!“ (Die Zeit, 09.07.2009), „Fremde im Vorgarten“ (Berliner Zeitung, 30.04.2008), „Gefährliche Ausländer im Stadtpark“ (taz, 28.08.2012), „Einwanderer auf der Abschussliste“ (Der Spiegel, 05.01.2009) – so lauten typische Überschriften, unter denen Journalist*innen seit Jahren über sogenannte Neobiolen berichten, also Tier- und Pflanzenarten, die ihr Verbreitungsgebiet in unsere Längen- und Breitengrade ausgedehnt haben. Häufig geschieht das mit einem scheinbaren Augenzwinkern und wird dann doch bitterer Ernst. „Wie geht man am besten mit den Neubürgern um?“, fragte etwa der Tagesspiegel (28.08.2006), und meinte damit „fremde Pflanzen und Tiere“. Denn: „Sie wandern aus fernen Ländern ein und werden oft als böse angesehen.“ Und weiter: „Im Gegensatz zu menschlichen Einwanderern, die sich ungesetzlich verhalten, lassen sich die eingewanderten Pflanzen oder Tiere nicht einfach wieder ausweisen.“

Bereits aus dieser Formulierung wird deutlich, welche Rückwirkungen eine solche Berichterstattung auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse haben kann: So ganz nebenbei wird der NPD-Wahlplakatslogan „Kriminelle Ausländer raus“ hier in einem scheinbar na-



Angebliche Gefahr aus dem fernen Osten: Asiatische Marienkäfer sind harmloser, als die Medien behaupten.
(Foto: gbone/flickr.com, CC BY SA 2.0)

turwissenschaftlichen Artikel zur selbstverständlichen und angemessenen Praxis erklärt.

In einer Presseerklärung vom 03.04.2009 wurde das Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung ebenso deutlich: „Wird sich Europa endlich einigen, um tausende fremder Eindringlinge abzuwehren?“ Unter dieser Überschrift geht es weiter: „Europas Grenzen werden von tausenden Pflanzen- und Tierarten aus anderen Teilen der Welt überrollt.“ Neonazi-Sprech auf biologisch.

Die Geschichte der angeblichen Invasion der fremden Tier- und Pflanzenarten zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsche Presselandschaft. Die Bayerische Rundschau berichtete am 23.07.2011 über „Gefährliche Ausländer in den Gewässern“, und findet sogleich einen anderen Begriff, mit dem sie die angebliche Gefahr umschreiben kann: „In Deutschlands Flora und Fauna herrscht Multi-Kulti.“

Die Angst macht nicht vor Marienkäfern halt

Seit einigen Jahren besonders beliebt: Die „Invasion asiatischer Marienkäfer“ (n-tv.de, 21.11.2012), beziehungsweise: „Wie asiatische Marienkäfer deutsche Verwandte töten“ (Die Welt, 16.05.2013). Die dpa weiß sogar zu berichten: „Asiatische Marienkäfer nutzen ‚Bio-Waffen‘, um ihre roten europäischen Verwandten zunehmend zu verdrängen.“ (Focus Online, 16.05.2013)

Widerspruch aus der Wissenschaft

Die Angst vor der „asiatischen Gefahr“ (Tagesspiegel, 05.07.2008) ist in der deutschen Presselandschaft nicht tot zu bekommen – obwohl seriöse Wissenschaftler*innen längst widersprechen. So veröffentlichte das Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen eine Studie, wonach es keine Anzeichen für eine Ausrottung heimischer Marienkäfer durch die hierzulande neue Art gibt.¹ Im Gegenteil zeige sich der traditionelle Siebenpunkt-Marienkäfer „sehr konkurrenzstark“. Er sei bei uns nach wie vor stark verbreitet, und inzwischen sogar in Nordamerika selbst eine „invasive Art“. Dass der angeblich so bedrohte deutsche Marienkäfer sich gerade in den USA ausbreitet, darüber lesen wir in den Medien kaum etwas – weil die Geschichte längst nicht so passgenau an gesellschaftlich verbreitete rassistische Ängste anschließt wie die Story über den ausländischen Killer-Käfer, der angeblich Deutschland überfällt.

Auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) betont mit Verweis auf die Forschungsergebnisse, dass es keinesfalls eine Gefahr gibt, dass asiatische Marienkäfer einheimische Arten verdrängt.²

Ähnlich sieht es mit dem aus Amerika

¹ Vgl. <http://umwelt.scienceticker.info/2013/06/10/entwarnung-asiatischer-marienkaefer-wird-keine-plage/>

² Vgl. <http://www.nabu.de/tiereundpflanzen/insektenundspinnen/kaefer/marienkaefer/15873.html>

stammenden Waschbär aus, der sich seit Jahrzehnten in deutschen Großstädten breit macht, und dem nachgesagt wird, er würde die einheimische Vogelwelt bedrohen. Diesen Medienberichten zum Trotz gibt es keine einzige Vogelart, die durch das Auftreten von Waschbären ausgestorben ist. Auch der ursprünglich aus Osteuropa stammende Marderhund, der sich inzwischen in deutschen Wäldern vermehrt, fügt sich allen anderslautenden Befürchtungen zum Trotz in eine ökologische Nische ein, die in Mitteleuropa seit dem Artensterben in der letzten Eiszeit unbesetzt ist. Ähnlich sieht es mit den aus Afrika und Asien stammenden Halsbandsittichen aus, die sich entlang des Rheins ausbreiten.

Von 60.000 Tierarten in Deutschland sind nur rund 300 Neozoen, gerade einmal 20 schätzen Expert*innen als problematisch ein. Wie die extrem rechte Angst vor einer angeblichen „Ausländerschwemme“ entpuppt sich die medial behauptete Bedrohung durch fremdländische Tierarten damit von absoluten Ausnahmen abgesehen als mediale Luftnummer. Das hat diese Berichterstattung mit dem besonders skurrilen Rassismusvorwurf gegen Krähen und Möwen auf SPON gemein. Aber noch etwas ist ihnen gemeinsam: Unter dem Deckmantel der Berichterstattung über Tiere verbreiten sie Vorstellungen, die auch rassistischen Fremdeithsvorstellungen gegen Menschen Tür und Tor öffnen, und zum Teil sogar zustimmend auf sie anspielen. Ein verantwortungsvoller Journalismus sieht anders aus.



Regierung des Fußballs?

Interview mit Ulrich Brieler

DISS-Journal: Gibt es eine Regierung des Fußballs?

Ulrich Brieler: Ohne Frage und dies im traditionell souveränen wie postdemokratischen Sinn. Die globale Souveränität repräsentiert die FIFA, eine Art Weltpolitbüro des Fußballs, deren Entscheidungen, etwa die WM-Vergabe 2022 an Katar, jeder sportlichen Vernunft Hohn sprechen, aber sakrosankt sind. Diese außerstaatliche Souveränität setzt sich in den kontinentalen und nationalen Verbänden fort, zumeist männerbündische und sich selbstrekutierende Hinterzimmerdespotien. Dieser fußball-politische Komplex

reicht bis an die Basis, also die in der Regel als Kapitalgesellschaften organisierten Fußballabteilungen der Großvereine. Demokratie ist hier ausdrücklich nicht erwünscht, da es die Sponsoren vergrätzt und nur Chaos schafft. Wer mit den dicksten Schecks wedelt, wie jüngst beim Hamburger SV, wird prompt durchgewunken. Handfeste Interessensverbände mit der Wirtschaft, den Medien und der Politik sind ausdrücklich erwünscht. Gewaltenteilung ist diesem fußball-industriellen Komplex eher hinderlich, vielfältige Verbindungen sollen ein reibungsloses Geschäft ermöglichen. Gefälligkeiten und Eine-Hand-wäscht-die-andere-Mentalitäten sind an der Tagesordnung. Die Korruptionshistorie des globalen Fußballs, die etwa Thomas Kistner in seinen Büchern und Artikeln in der Süddeutschen Zeitung entwirft, schreibt sich täglich fort. Die Regierung des Fußballs besitzt

also eine souveräne Seite, die gleichwohl mit einer Vielzahl von Akteuren abzustimmen ist.

Dies alles glaubt man zu kennen. Gibt es aber nicht auch handfeste politische Indienstnahmen des Fußballs?

Ja und nein. Gerade von kritischen Geistern wird der Fußball oft nur als eine Brot-und-Spiele-Veranstaltung wahrgenommen, als die ultimative Ablenkung. Aber so einfach sind die Dinge nicht. Sicherlich, die Fußball-Geschichte erzählt ungezählte Beispiele derartiger Instrumentalisierungen. Man denke nur an Mussolini und den Triumph der italienischen Mannschaft bei der WM 1934, an Pelé und die brasilianische Militärdiktatur bei der WM 1970, an Argentinien und die Junta 1978, an Maradona und die neapolitanische Camorra.

Prof. Dr. Ulrich Brieler lebt, lehrt und arbeitet in Leipzig und zuweilen in Bochum. Die Fragen stellte Siegfried Jäger.

In jüngster Zeit, Platinis Geschäftsbeziehungen zu Katar oder Putin und die WM 2018, häufen sich strategische Instrumentalisierungen. Historisch hat sich dieser fußballerische Mehrwert aber eher zufällig ergeben. Der erste deutsche WM-Titel 1954 und seine Bedeutung für die junge Bundesrepublik oder die sehr späte Indienstnahme von Real Madrid durch den spanischen Franquismus sind eher Mitnahmeeffekten zu verdanken. Da war nichts geplant.

Die heutige Fußballphilie und seine Verwertung ist ein recht junges Phänomen. Bis weit in die 1970er Jahre hinein war der Fußball kein Thema für die besseren Kreise. Selbst in der Linken musste man sich entschuldigen, wenn man am Samstagmittag ins Stadion ging. Man vergisst dies heute all zu schnell.

Der hegemoniale Durchbruch hat mit einem grundlegenden Wandel zu tun, dem der Fußball seit den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unterworfen wurde. Ich meine die Transformation einer plebejischen Kulturpraxis in ein, wenn nicht „das“ Feld der globalen Kulturindustrie. Seitdem ist vieles, fast alles im Fußball anders geworden.

Wohlgemerkt: Es geht hier nicht um eine Romantisierung des guten alten Fußballs von vorgestern oder die moralinsaurere Klage über das böse Geld. Tatsächlich hat erst der Profifußball die Bedingungen für den plebejischen Fußballsport geschaffen. Vorher war er ein Betätigungsfeld für gelangweilte Gentlemen.

Nein, es geht um ein Verständnis, wie der heutige Fußball entstanden ist und warum er als letzter Fluchtpunkt gesellschaftlicher Integration funktioniert. Und an diesem Punkt werden die postdemokratischen Regierungstechnologien interessant, für den individuellen Körper der Athleten wie für die Regierung der Massen.

Das heißt, man muss den heutigen Fußball zunächst als eine bestimmte Figur der zeitgenössischen Arbeit sehen?

Ja, der Fußball ist eine besonders interessante Gestalt der Regierung des lebendigen Arbeitsvermögens. „Regierung“ im Sinne Foucaults ist die stets fragile Verbindung von Fremd- und Selbst-Führung. Und gerade beim Sportler, speziell beim Fußballer, schlägt diese Anforderung exemplarisch durch.

Fußballer werden heute nicht mehr auf der Straße geboren, sondern in Internaten großgezogen, sie werden weltweit gehandelt und vermarktet, unterliegen einer unerbittlichen Ausbildung und Auslese. Wobei zumeist nur von der Spitze des Eisbergs, den Superstars und Sternchen der oberen Ligen, geredet wird. Über das riesige Fußballprekariat in Afrika und Süd-

ergab eine Untersuchung der französischen Zeitschrift „France Football“, dass die durchschnittliche Verweildauer eines Spielers der ersten Liga aktuell sieben Jahre beträgt, vor 30 Jahren waren es noch 14 Jahre. Die Folgekosten sind entsprechend. Nach 10 Jahren ist der Körper vor dem Lebensalter ausgelaut. Jede Treppe wird zur Herausforderung. An Sport ist gar

„Es geht um ein Verständnis, wie der heutige Fußball entstanden ist und warum er als letzter Fluchtpunkt gesellschaftlicher Integration funktioniert. Und an diesem Punkt werden die postdemokratischen Regierungstechnologien interessant, für den individuellen Körper der Athleten wie für die Regierung der Massen.“

amerika, aber auch in den unteren Ligen Europas, verliert man kaum ein Wort.

Fußball ist zunächst harte Arbeit am Körper. Es gibt heute keine zweite Arbeitsgestalt, die so intensiv gedrillt und kontrolliert, so permanent sanktioniert und optimiert wird. Im Verborgenen der Trainingsfelder und Gesundheitscenter und im Auge der Öffentlichkeit, der große Bruder der Fernsehkamera in Nahaufnahmen und Zeitlupe ist live dabei, wird das Fehlerhafte und Unvollkommene protokolliert, in Videositzungen und Vier-Augen-Gesprächen wird es nachbereitet, analysiert und korrigiert.

Am gesellschaftlichen Individuum des Fußballspielers vollzieht sich das Schicksal der Machtlosen: Spielball von Mächten zu sein, die er nicht beherrscht, obwohl er doch scheinbar das Subjekt ist, das alles bestimmt und „das Spiel macht“. Die als Stars umgarnten Spieler sind letztlich Marionetten eines Spielbetriebs, nur im medialen Schein Heroen. Keine Entscheidung, die das Spiel wirklich betrifft, wird auch nur im Ansatz von den Akteuren auf dem Rasen oder den Rängen bestimmt. Orte, Regeln, Standards werden von „Kommissionen“ erarbeitet und dekretiert.

Bestens honoriert zahlen die Profis aber auch den Preis. Fußball ist heute mehr denn je harte körperliche Fron, eine Arbeit, der man auf höchstem Niveau bestenfalls 10 Jahre nachgehen kann. Jüngst

nicht mehr zu denken.

Es existieren also Grenzen des Raubbaus und der körperlichen Auszehrung, auch wenn alle Tricks neoliberaler Menschenführung vom Mentaltraining bis zur stets griffbreiten Biomedizin im Spiel sind. Der Fußballer ist das Wunschbild des zeitgenössischen Arbeiters: Immer in Topform, immer das Optimum anstreben, „immer weiter, weiter, immer weiter“ (Oliver Kahn). Das perfekte Spiel erfordert den perfekten Athleten. Christoph Biermann hat diese Ambition in seinem Buch „Die Fußball-Matrix“ mit all ihren Widersprüchen und Paradoxien anschaulich beschrieben.

Aber bei aller Disziplin, die den sehr jungen Menschen für „den schönsten Beruf, den man ausüben kann“, auferlegt wird: Der Sportler muss es selbst wollen und tun. Er hat es selbst in der Hand. Er muss eine auf den Beruf zugeschnittene asketische Arbeitsethik entwickeln. Tagesablauf, Nahrung, Schlaf, Sexualität, Kleidung usw. sind letztlich Aufgaben der Selbstführung.

So etwas schlägt aufs Bewusstsein. Die hoch bezahlten Fußballer bilden eine Berufsgruppe, die sich als Ware versteht und selbstbewusst so verhält. Ich bin das, was ich koste. Der Fußballer ist zu einer Ware gemacht worden und er will es sein, weil er nicht anders kann. Der Fußballer ist ein neoliberaler Arbeitskraftunternehmer par excellence.

Und die andere Seite der postdemokratischen Regierungstechnologien, die Verwaltung der Zuschauermassen?

Hier wird es noch interessanter. Denn der Fußballer ist nicht nur ein biopolitischer Arbeitskörper, er ist zugleich ein affektiver Arbeiter. Denn was ist das eigentliche Ziel des Fußballbetriebs? Doch nicht ein Tor mehr als der Gegner zu schießen!

Der eigentliche Zweck ist die Produktion von Gefühlen: Begeisterung, Anteilnahme, Identifikation, Spannung und Erlösung. In einer Welt, in der es anscheinend keine gemeinsamen Ziele, keinen Sinn mehr gibt, ist der Fußball für viele etwas, an das man glauben kann und glauben will, etwas, das die Leute wirklich berührt und umtreibt. Zumal man als Fan selbst Akteur der Affektproduktion werden kann.

te; was früher die Wallfahrt, ist heute das Auswärtsspiel.

Der heutige Fußball ist eine gigantische Wunschmaschine. Er ist vielleicht der einzige soziale Ort, wo die Massen zum ihrem Ausdruck kommen. Und er gibt dem Alltag Struktur, in einer prekären Welt kein unwichtiges Detail.

Worauf basiert diese Wunschpolitik, die ja eigentlich im Gegensatz zu dem steht, was Du den fußball-industriellen Komplex genannt hast?

Zwei Momente scheinen mir ganz entscheidend zu sein. Zum einen ist der Fußball für viele Leute Teil der eigenen Lebensgeschichte. Jeder hat selber gespielt und kann es ohne große Hindernisse allerorten in seiner Freizeit tun. Jeder ist daher Experte,

Fans die Sehnsucht nach den guten alten Zeiten. Im Übrigen auch bei denen, die sie nie erlebt haben.

Da das Leben aber auch im Fußball niemals gänzlich beherrschbar ist, ereignen sich stets unglaubliche Dinge. Das 7:1 der deutschen Mannschaft über Brasilien bei der letzten WM kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es schafft Erinnerung für die kommenden Jahrzehnte. Dies ist mindestens so wichtig, nein wichtiger als der WM-Erfolg.

Wie erklärst Du aber die ständige Unruhe um den Fußball, die dauernden Diskussionen um Polizeieinsätze, Sicherheitskonzepte und die sogenannte Gewalt der Ultras?

Aus einem einfachen Grunde: Die Regierung des Massenpublikums ist das entscheidende Problem des fußball-industriellen Komplexes. Diese Form der Regierung weist weit über die Fußballstadien mit ihren avancierten Überwachungstechnologien hinaus.

Die Massen als Akteure der Geschichte sind heute weitgehend verschwunden. Noch in den 1970er Jahren waren sie der Bezugspunkt jeder Emanzipationstheorie. Occupy und der arabische Frühling haben daran jüngst erinnert. Aber ist dies als Tragödie oder als Farce zu lesen? Wie auch immer: Heutige Massen treten in kulturindustriellem Gewand auf. Ob der Papst oder die Love-Parade vorbeischaute, Madonna oder der FC Barcelona: Das Massenpublikum will unterhalten und kontrolliert sein, inklusive der Kollateralschäden, für die niemand verantwortlich ist.

Im heutigen Fußball ist die Masse als Akteur des Spektakels unendlich wichtig. Je mehr das Spielgeschehen verplant wird, umso mehr braucht der heutige Fußball das anarchische Moment von außen, den überschäumenden Enthusiasmus, den gelungenen Affekt. Aber das Spektakel selber kann nicht geplant werden. Dafür sind die Fans zuständig. Deshalb kommen die Leute ins Stadion, sie wollen feiern und leiden, sich freuen und trauern.

Dies ist der erste große Widerspruch, der zwischen Kontrolle und Ereignis, eine fast unlösbare Aufgabe. Der fußball-industriellen Komplex verlangt Planung und Effizienz bis in die Spielsysteme hinein, das Fußball-Ereignis den Exzess und die Überschreitung.

Es existiert eine unentrinnbare Dialektik von Entzauberung und Verzauberung.

„Der fußball-industrielle Komplex ist der erklärte Gegner der Ultra-Bewegung und vieler älterer Nostalgiker. Merkwürdig, dass kritische Geister diese Bruchlinie kaum wahrnehmen. Dabei geht die kulturelle Subversion stets der politischen voraus.“

Ist das nicht bloße Ablenkung?

Auch hier wieder: Ja und nein. Natürlich kann man sich fragen, ob in Duisburg nicht wichtigere Probleme zu erledigen sind als das Überleben des MSV. Man kann sich fragen, ob die Leute in Gelsenkirchen nicht dringendere Sorgen haben als das Schicksal von Schalke 04. Aber nicht der städtische Haushalt oder die kriminellen Finanzmärkte treiben Tausende in Duisburg auf die Straße, sondern die Rettung des MSV. Spontane Menschenketten artikulieren immer ein wirkliches Bedürfnis.

Ohne Wenn und Aber: Dieses Bedürfnis ist nicht besserwiserisch madig zu machen, sondern anzuerkennen! In den Gesellschaften des Spektakels existiert ein riesengroßer Wunsch nach Verbindendem und Verbindlichem, nach etwas, das größer ist als die eigene kärgliche Existenz, nach etwas, von dem man ein wichtiger Teil sein kann.

Wo jeder zu funktionieren hat oder ausgedeutet wird, wächst die Sehnsucht nach Anerkennung und dem Unerhörten ins Unermessliche. Was früher die Partei, ist heute der Fanclub; was früher die Erscheinung, ist heute der Hakenrick; was früher die Prophezeiung, ist heute die Internetwet-

es gibt keine Wissensbarrieren. Zum anderen leben die Spiele von der Beteiligung der Zuschauer, die berühmte „Stimmung“. Die Zuschauer sind also die aktiven Produzenten der Gefühle, an denen sie sich begeistern.

Und hier enthüllt sich das Geheimnis der Attraktion des Fußballs. Der Fußball ist Ort des affektiven Ereignisses und der Erinnerung daran. In der verwalteten Welt wird das Ereignis immer unwahrscheinlicher. Vieles, was geschieht, kommt über einen, man muss es erdulden. Es ist eben so. Im Fußball kann es immer anders kommen. Es ist alles andere als zufällig, dass die letzten Jahre eine Flut von Vereinsgeschichten und Spielerbiographien hervorgebracht haben. Natürlich spielt hier Nostalgie eine Rolle, aber eben in der Form einer angenehmen Erinnerung.

Der Fußball schafft Ereignisse, die der Erinnerung gefallen. Und das ist wirklich interessant: Je disziplinierter die Fußballarbeiter ihrer zunehmend monotonen Arbeit nachgehen, je mehr digitalisierte Aufzeichnungssysteme Spiel, Spieler und Publikum kontrollieren, je mehr die immer gleichen globalen Fußballkonzerne den Erfolg unter sich aufteilen, desto mehr wächst bei den

Während der fußball-industrielle Komplex alles marktförmig macht, bleibt seine Geschäftsgrundlage das Unwahrscheinliche: dass der Kleine den Größten besiegt, die beste Taktik nicht aufgeht, der todsicherste Transfer scheitert. Der heutige Fußball ist der unmögliche Versuch, das Ereignis gleichzeitig zu bannen und seiner zu bedürfen. Vielleicht zeigt der Fußball die Grenzen der Verdinglichung auf. Auch die beste Organisation kann das Ereignis nicht töten.

Welche Rolle spielen dabei die neuen Spielstätten?

Das Stadion wird zum zerbrechlichsten Glied im fußball-industriellen Komplex. Man braucht die Fans und ihre Choreographien, ihre Gesänge, die Aufschreie, das Stöhnen. Man braucht sie umso mehr, als das Spiel selbst die Überraschung, das Ereignis zu beherrschen versucht. Das Drumherum wird also immer essentieller.

Die neuen Stadien sind exemplarische Orte der postdemokratischen Regierung der Massen. Sie sind moderne Panoptiken, eben Multifunktions-Arenen. Zu reden ist von den Technologien der Eingangskontrolle und der Rundumüberwachung, die jeden Einzelnen identifizieren und damit „die Masse töten“. Niemand kann sich mehr verstecken, deshalb auch das Vermummungsverbot. Die Stadien sind längst keine öffentlichen Orte mehr, die der City bevölkert. Gefragt ist der Kunde, der zu überhöhten Preisen konsumiert und brav applaudiert.

Schon gar nicht mehr fungieren die Stadien als soziale Schmelztiegel. Es sind Orte strikt separierter Gated Communities, in denen sich von den Stehplätzen bis zu den Logen die Ränge der zerklüfteten Klassengesellschaft exakt ablesen lassen. Hier haben die Stadien tatsächlich viel vom Kolosseum. Die Besserverdienenden ergötzen sich am Spektakel, das die Unten veranstalten.

Aber genau hier liegt eine weitere unlösbare Krux des fußball-industriellen Komplexes. Er tendiert so ausschließlich zum Geschäft, dass er verliert, was ihn auszeichnet, das Antiökonomische. Der Fußball will den Kunden, aber braucht den Fan. Er will die Ordnung, aber er braucht die Unordnung.

Dies erklärt die sehr labile Balance zwischen dem fußball-industriellen Komplex und seinen Kritikern in Gestalt der Ultras,

die alles andere als marktförmig denken. Sie ziehen gegen die Kommerzialisierung zu Feld, pflegen die Traditionen und sozialen Verwurzelungen und beugen sehr kritisch die Geschäftspraktiken der Vereine. Die Ultras liefern aktuell den enthusiastischen Untergrund, ohne den der Fußball nicht existieren kann.

Man könnte allerdings fragen: Kann der Fußball, mit Hilfe des Fernsehens und des Internets, ohne Fans auskommen? Ein momentan noch schwer vorstellbarer Gedanke. Aber die zunehmenden „Geisterspiele“ deuten eine solche Möglichkeit zumindest an.

Aktuell muss ein rebellischer Rest bleiben, der die Leidenschaften mobilisiert, das Herzklopfen und die schwitzigen Hände ab 15.30 Uhr. Authentisches Betroffensein lässt sich nicht simulieren. Die Abneigung, die Werksvereine wie Bayer Leverkusen oder den VW Wolfsburg trifft, sind beredtes Zeugnis.

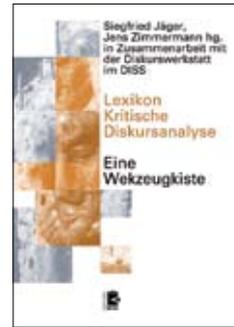
Bisher sind alle Versuche der Amerikanisierung gescheitert. Das Publikum ließ sich nicht zu braven Budweiser- und Burgerkäufern erziehen, vielleicht noch nicht. Denn nach Hoffenheim geht es ja weiter. Das reine Marketingprodukt Red Bull Leipzig ist der jüngste und kenntlichste Versuch dieser Art.

Also eher Ordnung und Unruhe, statt Brot und Spiele?

Ja, das scheint mir treffender. Im Moment sehe ich nicht, dass sich die Fans, d.h. die „Enthusiasten“ im Sinne Kants, zähmen, kaufen und politisch entmündigen lassen. Eher beobachte ich bei starken Minoritäten das Gegenteil. Die Proteste in Brasilien sind noch gut in Erinnerung. Und vergessen wir nicht die Fans der türkischen Großvereine auf dem Gezi-Platz oder die Rolle der Ultras beim arabischen Frühling in Kairo.

Der fußball-industrielle Komplex ist der erklärte Gegner der Ultra-Bewegung und vieler älterer Nostalgiker. Merkwürdig, dass kritische Geister diese Bruchlinie kaum wahrnehmen. Dabei geht die kulturelle Subversion stets der politischen voraus.

Ja, vielleicht gibt es hier sogar so etwas wie Klassenbewusstsein. Jüngst las ich in der Süddeutschen Zeitung vom 2.5.2014 einen Artikel über Analphabeten in Deutschland. Ein solcher kauft sich regelmäßig den Kicker, „um sich über seine Lieblingsvereine zu informieren.“ Wer das ist? „Alle außer Bayern München!“ Es geht doch.



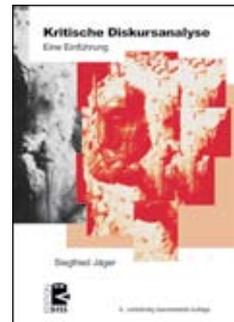
Siegfried Jäger/Jens Zimmermann (hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung

6. vollständig überarbeitete Auflage
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositiv-analytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

„Sexualpädagogik als Praktik sexualisierter Gewalt“

Der aktuelle Sexualpädagogikdiskurs am Beispiel der medialen Auseinandersetzung um das

Fachbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“

Von Maike Bunt und Marianne Brenner

Ende April 2014 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung (SZ) eine Buchkritik zu dem sexualpädagogischen Standardwerk: *Sexualpädagogik der Vielfalt*.¹ Diese Kritik entfachte eine mediale Debatte, bei der in diesem Buch vertretene sexualpädagogische Ansatz einer harschen Kritik ausgesetzt wurde. Anfang Juli nahm diese Debatte im virtuellen Raum sogar bedrohliche Ausmaße an: Persönliche Diffamierungen und Beleidigungen bis hin zu Gewaltandrohungen gegen Wissenschaftler*innen der kritischen Geschlechterforschung und Sexualwissenschaften heizten die Debatte auf. In Reaktion darauf richtete sich die Kritik fortan auch gegen solche Diffamierungen. Hierdurch wurde die Polemik der Kritik an der Sexualpädagogik der Vielfalt (SdV) zwar teilweise zurückgenommen, die grundsätzlichen Einwände und Unterstellungen wurden allerdings nicht in Frage gestellt. Im Folgenden werden einige Ergebnisse der Analyse dieser Debatte dargestellt.²

Sexualpädagogik als sexualisierte Gewalt

Durchgängig wird die SdV als sexualisierte Gewalt empfunden, von der es sich abzugrenzen gilt. Dies ist zum einen auf die einseitigen, skandalisierenden medialen Darstellungen zurückzuführen, zum anderen aber auch einem Gesellschafts-

bild geschuldet, für das die Normen einer konservativen Sexualethik nicht in Frage gestellt werden dürfen.

Nicola Späth bringt dies in ihrem Kommentar in der SZ zum Ausdruck, wenn sie die SdV mit dem „Skandal um die Odenwaldschule“ vergleicht und schreibt:

„Unterrichtsempfehlungen in der geschilderten Machart sind die Wiederkehr der Gewaltpädagogik vergangener Tage in neuer subtilerer Form, Respektlosigkeit den Jugendlichen gegenüber und ein Angriff auf deren sexuelle Integrität“, „Mit solchen Unterrichtsempfehlungen kehrt der Missbrauch an Schülern in zynischer und bössartiger Form zurück“ (07.05.14).

Der Verdacht der sexualisierten Gewalt durch SdV geschieht jedoch auch subtiler, so kommt kein einziger Artikel ohne die Nennung von Altersangaben und richtungsweisenden Subjektbezeichnungen aus. Sexualpädagogische Fachkräfte werden als „Lehrer“ bzw. „Pädagogen“ oder auch nur als „Erwachsene“ bezeichnet, wodurch der professionelle Rahmen auf ein bloßes Erwachsene-Kind-Verhältnis reduziert wird. Auffällig ist auch die überwiegende Nennung von „Kindern“ als Subjektbezeichnung, obwohl sich auf Jugendliche bezogen wird. Dies hebt die Unmündigkeits-Schutzbedürftigkeit hervor, genauso wie die genannten Bezeichnungen: „Heranwachsende“, „Halbwüchsige“ oder „Minderjährige“. Dadurch wird zusätzlich noch die juristische Dimension verstärkt.

SdV als bedrohliche und mystische Pseudo-Aufklärung

In dem die Debatte auslösenden Artikel der SZ, ordnet sich dessen Autor dem Liberalismus zu und fordert eine verantwortungsvolle Sexualpädagogik. Den sexualpädagogischen Ansatz der Vielfalt hält er jedoch für eine „fahrlässige Pseudo-Aufklärung“ (24.04.14). Eine solche dekonstruktivistische Sexualpädagogik habe etwas Bedrohliches, Gefährdendes

und Mystisches:

„Weder der Papst noch Alice Schwarzer sollten den Menschen vorschreiben, wie sie ihre Sexualität leben. Doch genauso aufdringlich ist es, wenn Pädagogen alle gendertheoretischen Denkübungen aus dem soziologischen Seminar einfach mal an ihren Schülern ausprobieren“ (24.04.14). Hier werden Alice Schwarzer und der Papst auf eine Stufe gestellt und stehen als Sinnbild einer totalitären Herrschaft von Sexualitätsvorstellungen. Die Gendertheorie, auf der die SdV u.a. beruht, wird als ein risikoreiches Experiment begriffen. Der Umstand, dass die Gendertheorie keine bedeutungslose Randerscheinung ist und derzeit schon von einem Gendermainstreaming gesprochen werden kann, offenbart dabei das bedrohliche Ausmaß: „Die genannten Übungen sind keine Extrembeispiele von ein paar übererregten Sexualpädagogen. Dahinter steckt Methode“ (24.04.14).

Auch die BILD-Zeitung verstärkt das Bild einer gefährlichen, skurrilen Pseudo-Aufklärung im direkten Bezug auf das Buch der ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘. Sie zitiert Dr. Simone Raatz, SPD, „Vize-Chefin im Bildungsausschuss des Bundestages“: „Diese Pseudo-Aufklärung braucht niemand, insbesondere keine Jugendlichen von 12 Jahren.“ Oder sie lässt Marcus Weinberg, CDU, „familienpolitischer Sprecher der Union im Bundestag“ zu Wort kommen: „Diese skurrile Sexualpädagogik ist unseren Kindern nicht zuzumuten“. Auf weitere Ausführungen bzw. Erklärungen, was und aus welchen Gründen als unnötige, unzumutbare und skurrile Sexualpädagogik verstanden wird, wird verzichtet.

Die Vorstellung von Marginalität

Mit derartigen Befürchtungen einher geht auch die Befürchtung, die Sexualpädagogik der Vielfalt verschiebe die Heterosexualität in eine marginalisierte Position: „Früher traf es die Homosexuellen, momentan sind im Jargon ‚Stinos‘ genannten

1 Elisabeth Tuider; Mario Müller; Stefan Timmermanns; Petra Bruns-Bachmann; Carola Koppermann: *Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit*, 2012: Weinheim / Basel: Beltz Juventa Verlag, 2. überarbeitete Auflage..

2 Grundlage dieser Analyse bilden Artikel aus: Süddeutsche Zeitung, BILD, Christ & Welt –Beilage der Zeit, SVZ Brandenburg, HNA (Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen). Zusätzlich wurden Artikel aus Jungle World, TAZ, Profil (aus Österreich), Tagesspiegel, Analyse&Kritik aus der Zeit 24.07.-19.08.2014 einbezogen.

stinknormalen Heterosexuellen an der Reihe. Und morgen?“. Oder:

„Wie so viele totalitäre Diskurse vor ihm operiert auch dieser mit dem Totschlagargument vom Opferstatus der scheinbar Betroffenen. Anscheinend geht es darum, die Unterdrückten zu befreien und auch den Geknechteten die Segnung der befreiten Libido zukommen zu lassen“ (Christ & Welt, 30.04.14).

In einem durchaus kriegerischen und religiösen Duktus wird hier argumentiert, dass Menschen jenseits der Heteronormativität nur scheinbar Betroffene eines Stigma seien, in Wahrheit seien jedoch die Heterosexuellen die wahrhaft Betroffenen.

Infragestellung der Wissenschaftlichkeit und Verdacht der Ideologisierung

Mit der Kritik eng verbunden ist die Infragestellung der Wissenschaftlichkeit der SdV und damit auch ihr theoretisches Konzept. Das Hauptargument gegen die SdV scheint die Frage zu sein, warum etwas, das scheinbar über Jahrhunderte unhinterfragt und eindeutig feststand heute in Frage gestellt wird. Cilly Kaletsch schreibt in der SZ:

„Die eigene Lebenserfahrung ist wichtiger als zur Unzeit aufgedrängtes Wissen, das die individuelle Entwicklung und Reife nicht nur ignoriert, sondern auch erheblich gefährden kann“ (07.05.14).

Der dekonstruktivistische Ansatz wird als Bruch mit gesellschaftlichen Normen und somit als Grenzüberschreitung aufgefasst. Auch werden Befürchtungen bezüglich einer weiteren wissenschaftlichen Institutionalisierung des Theorie- und Praxiskonzeptes geäußert; Manfred Schwarzbraun und Günther Schwarz:

„Bei dem blinden Reformeifer gerade im Bildungsbereich gilt jedoch zu befürchten, dass Elisabeth Tuider und Konsorten ihre kruden, abgeschmackten Praktiken bald als Curriculum wiederfinden werden“ (SZ, 07.05.14).

Vereinzelt klingt auch an, dass Gender-Theorie ideologisiere. Christ & Welt äußert sich diesbezüglich eindeutig:

„Sexualitäten, Identitäten, Körper sollen vervielfältigt werden, um ‚bewusst Verwirrung und Veruneindeutigung‘ zu erzeugen. So arbeiten Ideologen: Erst wenn die alte Sicherheit zerstört ist, kann eine neue etabliert werden“, „Doch welche

neue Weltsicht wird hier vertreten, wozu sollen die 13- bis 15-jährigen gebracht werden? Welche Anpassung wird hier trainiert? Nur scheinbar geht es um Toleranz, nur scheinbar um Vielfalt. Tatsächlich dient die pädagogisch verbrämte und hartnäckige Fixierung auf die Sexualität der Jugendlichen dem Ziel, den Raum des Sexuellen abzuspalten und ideologisch zu besetzen. Die Agenten dieser Transformation haben viel vor, deshalb beginnen sie bei den jungen Leuten“ (30.04.14).

Verlust der Heteronormativität

Auffällig ist die Sorge um den Verlust der Heteronormativität. Sie spielt vor allem in Artikeln eine Rolle, die bis Ende Juni – also vor den Diffamierungen im Internet – veröffentlicht wurden. So war in der SZ zu lesen: „Nur eine Kleinfamilie mit Mutter, Vater, Kindern ist nicht vorgesehen“ (24.04.14) und auch Christ & Welt kritisierte: „In einem Mietshaus findet sich alles außer der ‚normalen‘ Kleinfamilie (30.04.14). Christ & Welt bringt diese Angst auf den Punkt: „Die Gender-Debatte wird als Waffe gegen die Familie gewendet“ (30.04.14). Die Gender-Theorie wird nicht als Erweiterungsangebot von Lebens- und Liebesformen, sondern als Bedrohung für die heteronormative Gesellschaftsordnung empfunden. Diese Gefahr wird durch die kriegerische Wortwahl unterstrichen, wonach Ziel der Gender-Debatte die Zerstörung der Familie sei.

Die Vorstellung von Privatheit

Die Debatte um die SdV zeigt auch, dass Sexualität strikt dem Bereich des Privaten und somit tendenziell auch dem Bereich des Nicht-Sagbaren zugeordnet wird; die SdV steht deshalb immer wieder im Verdacht, die Intimsphäre der Jugendlichen zu missachten:

„Jungen Menschen sollte behutsam Raum gegeben werden für eigene Empfindungen, natürliche Scham und persönliche Intimsphäre“ (SZ, Cilly Kaletsch 07.05.14).

Schamempfinden wird hier als natürlich charakterisiert, seine gesellschaftliche Konstruktion wird negiert. Aus dem zugewiesenen Bereich des Privaten soll so wenig wie möglich nach außen dringen:

„Für ein tolerantes Menschenbild müssen Schüler nicht zu Sexexperten



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten
Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 EUR

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jung-konservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /
Helmut Kellershohn /
Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen
Edition DISS Bd. 28,
Münster: Unrast
288 S., 19.80 €

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.



Regina Wamper / Ekaterina Jadschenko / Marc Jacobsen (Hg.)

**„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“
Die Anschläge in Norwegen in
deutschsprachigen Medien**

Edition DISS Bd. 30, Münster: Unrast
178 S., 18 Euro

Zweifellos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen von 2011 für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hatte sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge“.

Die Autorinnen analysieren, wie dieses Ereignis in und von deutschen Medien eingeordnet wurde. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Es zeigte sich, dass die Ereignisse in Norwegen die herrschenden Deutungsmuster nicht in Frage stellen konnten. Die Motive des Täters Anders Breivik wurden weitgehend in den Bereich des Pathologischen gerückt. Analysen zu den Reaktionen in extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten oder distanzierten.

Mit Beiträgen von Jonas Bals, Martin Dietzsch, Sebastian Friedrich, Astrid Harnisch, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Sebastian Reinfeldt, Bernard Schmid, Hannah Schultes und Regina Wamper.

werden“; „Verständnis für die Vielfalt der Lebens- und Liebesformen weckt man nicht mit allen intimen Details jeglicher vorstellbarer Sexpraktiken“ (HNA, 30.06.14).

Die Vorstellung von Identität

Die Verknüpfung von Sexualität und Identität wird besonders deutlich bei Christ & Welt. Der SdV wird dabei unterstellt, sie treibe einen Prozess voran, bei dem ein Spektrum an Identitäten zur ökonomischen Ressource werde:

„Sie [die Sexualität] soll zur frei wählbaren Ware werden. Identität nach Angebot“, „Im Shop der sexuellen Identitäten stellt sich ein jeder ‚sein‘ Persönlichkeitsdesign zusammen“ (30.04.14).

Den Sexualpädagog*innen wird ökonomische Absicht unterstellt: „Tatsächlich aber wird einer Beliebbarkeit der Weg gebahnt, die nur ein Ziel kennt: Die Zurichtung des Einzelnen zum durchsexualisierten User, zum Kunden auf dem Markt der Möglichkeiten“ (30.04.14).

Hier wird der Sexualpädagogik der Vielfalt eine enorme Wirkmächtigkeit zugeschrieben, in dem ihr die Verantwortung für eine solche Durchsexualisierung der Gesellschaft angelastet wird.

Die Vorstellung von Moral

In der Debatte zeigt sich, auch wie sehr die Einstellung zur Sexualität von moralischen Vorstellungen bestimmt wird. Cilly Kaletsch bringt es auf den Punkt, wenn sie die SdV als unmoralisch charakterisiert:

„Wie kann es nur eine Sozialpädagogik geben, die Zwölf- bis 15-Jährige in perverse sexuelle Praktiken und Gestaltung von Bordellen einweist! Wenn ein normales Geschlechts- und Familienleben gleichsam pervertiert wird, dagegen Prostitution und gleichgeschlechtliches Verhalten angepriesen werden, kann man dahinter nur moralzersetzende Strömungen vermuten“ (07.05.14). Prostitution und gleichgeschlechtliches Verhalten werden hier als unmoralisch gebrandmarkt.

Fazit

Die Debatte um die SdV ist im Medientext vorwiegend als Grenzüberschreitung mit dem Subtext des sexualpädagogischen Unterrichts als Praktik sexuali-

sierter Gewalt kritisiert worden. Hierbei wird all jenes als grenzüberschreitend verstanden, was über die anatomisch-medizinische und normalisierende biologische Aufklärung hinausgeht, wie z.B. die Thematisierung verschiedener Sexualpraktiken, Begehrens- und Lebensformen als gleichwertig. Auch grundlegend befürwortende Argumentationen, die beispielsweise eine Erleichterung eines Coming Outs im Zeichen von Toleranz als ein Unterrichtsziel ansehen, setzen die SdV in den Verdacht eines undurchsichtig bleibenden gesellschaftlichen Transformationszieles, das mit einem totalitären Toleranzdiskurs durchgesetzt werden soll. Die SdV wird so zu einer bedrohlichen und mystischen Pseudo-Aufklärung stilisiert. Sexualpädagogische Wissensvermittlung wird unter dem Verdacht der Ideologisierung und dem Verlust der Heteronormativität und der gesellschaftlichen Ordnung verhandelt. Bildung, so ließe sich zuspitzen, soll die gesellschaftliche Ordnung erhalten und nicht verändern. Die traditionelle Familie wird darin als eine zentrale Ordnungseinheit verstanden, die Vermittlung vielfältiger Lebens- und Begehrensformen als ihre Bedrohung. Diese Figur der Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch sexualpädagogische Ansätze zieht Argumentationen nach sich, die paradoxerweise die „stinknormale Familie“ als marginalisiert kennzeichnen. Die konstruierte Bedrohung der heteronormativen Ordnung wird abgewehrt, in dem der Sexualpädagogik der Vielfalt ihre Wissenschaftlichkeit abgesprochen wird. Die Vorstellungen von Privatheit, Identität und Moralität erscheinen diskursiv als Grenzkategorien, wobei die Verletzlichkeit „unserer Kinder“ deren inneren Bezugspunkt bildet. Die Unverbrüchlichkeit des Kindeswohls wird als kollektivierendes Interesse und Abgrenzungsmittel gegen diese Kategorien genutzt, um wissenschaftliche Auseinandersetzungen und bildungspolitische Umsetzungen der Akzeptanz von sexueller Vielfalt gegen die empfundenen Grenzverletzungen zu wenden und an ihnen zu schärfen. Die offene Thematisierung von Sexualitäten und Lebensformen wird so von Themen des Kindeswohls und dem Verständnis von Sexualpädagogik als Praktik sexualisierter Gewalt überblendet.

Maike Bunt und Marianne Brenner studieren Soziologie an der Universität Kassel.

Diskurstheorie und Kritik.

Von Nietzsches zu Foucaults Genealogie und zu Martin Saars „Genealogie als Kritik“, mit einem Blick auf die Folgen dieser philosophischen Spur für die Kritische Diskursanalyse

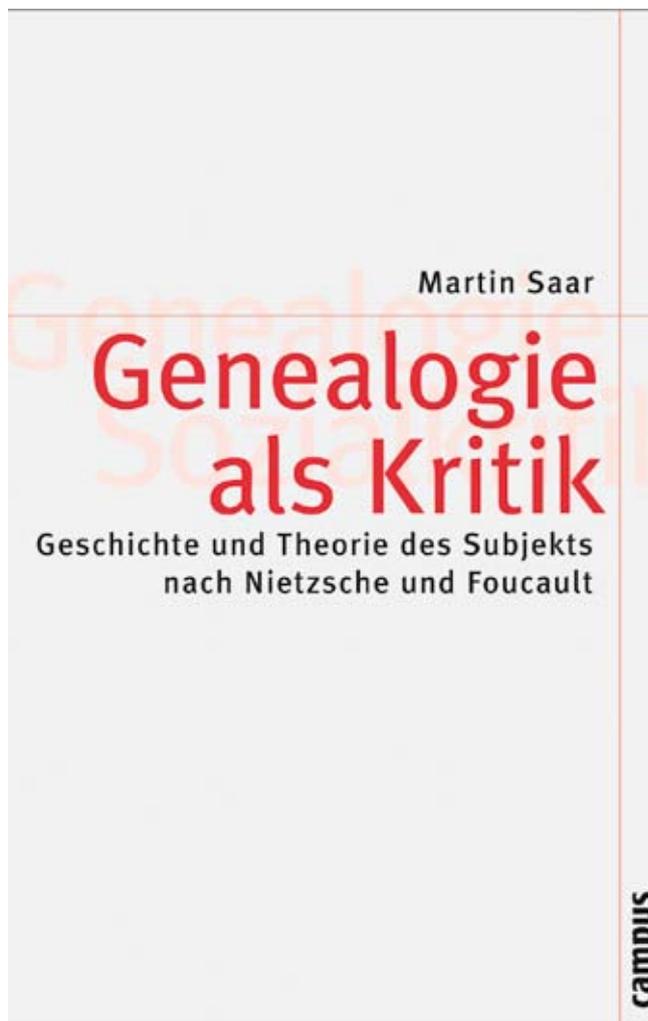
Von Siegfried Jäger

Dass die Wahrheit nur von dieser Welt ist, macht nicht nur Michel Foucault Sorgen. Schließlich handelt es sich um das Problem aller Philosophie und des Glaubens an Gott oder Götter. Foucault zieht angesichts der Vielfalt und Heterogenität der Antworten den Schluss, es gebe nur historisch (und regional) jeweils gültige Wahrheiten, aber eben keine objektiven oder absoluten Wahrheiten. Doch stimmt das wirklich? Meint doch Foucault auch, dass die Wahrheit das wichtigste Thema all seiner Werke sei. Aber welche Wahrheit? Und in welcher Beziehung steht sie zur Macht, zu den Mächten und zum Wissen? Und mehr noch: Gibt es neben den historisch und nur jeweils regional gültigen Wahrheiten auch so etwas wie eine gültige Moral oder eine für alle verbindliche Ethik? Denn: Ist Wahrheit nicht die Grundlage aller Kritik? Hängt Kritik nicht völlig in der Luft und wird zum bloßen Meinen, zum subjektiven Standpunkt, wenn sie sich nicht auf (absolute?) Wahrheit berufen kann? Und wie steht es mit der Parrhesia, der Wahrheit des weisen Narren, der mit dem Mut zur Wahrheit den Markt der Meinungen zum Tanzen bringen könne?¹ Antworten stehen bereit, die (heftige) Diskussion ist voll im Gange und diese ist überhaupt nicht neu, aber für alle Versuche Kritischer Diskursanalyse ungeheuer spannend.

Dass Michel Foucault stark von den Schriften des Philosophen und Dichters Friedrich Nietzsche beeinflusst war, besonders was sein Verständnis von Genealogie betrifft, ist kein Geheimnis. Neben zwei ausführlicheren Texten Foucaults, die man in den Kleinen Schriften² und einem Vortrag zu

¹ Vgl. zu den genannten Stichwörtern die Einträge in dem „Lexikon kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste“, hg. von Siegfried Jäger und Jens Zimmermann, in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS, Münster: Unrast 2010.

² Nietzsche, Freud, Marx, DE 1, S. 727-743, „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“ DE



Martin Saar: **Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault.** 2007 Frankfurt/New York: Campus (383 Seiten, 37,80 Euro)

„Nietzsche“³ nachlesen kann, findet sich eine Vielzahl von Hinweisen auf Nietzsche in den vier Bänden der kleinen Schriften.⁴ Insofern kann man durchaus zu Recht behaupten, Foucault sei in seinem gesamten Schaffen stark von Nietzsche beeinflusst worden, wie auch das Register zu den Schriften in Band 4 ausweist.

², S. 166-191

³ „Die Wahrheit und die juristischen Formen“, Frankfurt: Suhrkamp 2003, S. 29-51.

⁴ Vgl. auch die Bezugnahmen auf Nietzsche in DE 4, S. 51-119 „Gespräch mit Ducio Trombadori“, in dem Foucault sich sehr grundsätzlich zu seiner Arbeitsweise äußert.)

Diesen Bezug zu Nietzsche untersucht Martin Saar in seiner Studie mit dem Titel „Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault“⁵ Daraus geht hervor, dass Foucault den Begriff der Genealogie nicht einfach von Nietzsche übernommen hat, sondern – durch diesen und insbesondere dessen „Genealogie der Moral“ inspiriert – einen eigenen Begriff der Genealogie entwickelt hat, – oder genauer: eigene Begriffe von Genealogie –, die er seinen

⁵ Dabei handelt es sich um seine stark gekürzte Dissertation, die er unter dem Titel „Selbst-Kritik. Nietzsche, Foucault und der Begriff der Genealogie“, 2007 verfasst hat.

historischen Untersuchungen zugrunde gelegt hat.⁶ Foucault gelingt es damit, sein Verständnis von Diskurs (der „Archäologie des Wissens“) zu dem des Dispositivs zu erweitern – nicht zu ersetzen, wie vielfach angenommen wird. Dabei rekurriert er wie Nietzsche auf die vielfältigen Herkünfte der Moral und damit auch des gesellschaftlichen Geschehens und kann damit zentrale Ansätze der (europäischen) Geschichtsschreibung radikal in Frage stellen.

Dies bedeutet zugleich nicht, dass sich Foucault nun auf das Selbst „zurückbesonnen“ habe, sondern nur, dass er das Selbst in seinen variantenreichen Zusammenhängen mit dem gesellschaftlichen Sein erklären kann. Und nicht nur dieses: Er kann dadurch einen Zusammenhang herstellen, zwischen der Kritik des Selbst und der Kritik der Gesellschaft. Dies impliziert natürlich, dass das Selbst bzw. die Selbst(e) als die prinzipiellen Architekten der Gesellschaften angesehen werden bzw. dass es die Menschen selbst sind, die die Geschichte(n) machen. Das mag man als „zu philosophisch“ und zu allgemein kritisieren, es kann meines Erachtens ohne Probleme durch Einbezug spezifischer Verhältnisse konkretisiert werden.

Doch was hat dies mit der Bestimmung dessen zu tun, was als Möglichkeit der Kritik im Rahmen Kritischer Diskursanalyse beansprucht werden kann? Denn mit einer Kritik an den Selbst(e) und ihrer Moral ist ja noch nicht eine Kritik an der Gesellschaft verbunden, die (Kritische) Diskursanalyse ja zu leisten versucht?

Dieser Frage geht Martin Saar in seinem glänzenden Abschlusskapitel „Genealogie als Kritik“ nach (293-342). Zunächst geht er auf die Gemeinsamkeiten der beiden Philosophen ein:

„Versteht man unter Genealogie im weiten Sinn das Programm der historisierenden und machtanalytischen Relativierung und Kritik gegenwärtiger Selbstverhältnisse, so sind Nietzsche und Foucault gleichermaßen genealogisch verfahrenende Philosophen. Denn sie teilen erstens gewisse systematische Grundüberzeugungen, was den Status und die Tiefenhistorizität von Subjek-

tivität angeht. Zweitens vereint sie eine bestimmte Auffassung über die Kräfte und Mächte, die im Entstehen und in der Transformation von Subjektformen wirksam sind. Drittens verbindet sie ein strategisches oder praktisches Ziel, ein Wille zur Wirksamkeit, nämlich durch Destabilisierung und Neuverhandlung von Lebensformen und –vollzügen, die in genealogischen Texten durch den drastischen Aufweis der Kontingenz bestehender Geltungen erreicht werden sollen.“ (293)

Und weshalb setzt genealogische Kritik am Selbst an? Saar konstatiert: „Genealogische Kritik ist kein universell einsetzbares Verfahren, aber eine effiziente spezifische Form lokaler und immanenter Kritik mit einem bestimmtem Gegenstandsbereich, nämlich allen im weitesten Sinn selbstbildenden, subjektivierenden Praktiken, und einem bestimmten Ansatzpunkt, nämlich dem Selbst und seinem Verständnis von sich und Verhältnis zu sich. Nur an diesen Gegenständen und mit diesem Ansatzpunkt ist ... die historisierende und auf Praxis zurückführende Beschreibung, die die Grundoperation der Genealogien ist, eine kritische, d.h. eine machttheoretische mit einem Negations- oder Verwerfungseffekt. Und nur an diesen Gegenständen, nämlich den Praktiken, die das Selbst wiederum zum Gegenstand haben, entfalten Genealogien ihre identitätskritische und subversive Kraft. ... die genealogische Kritik des Selbst (ist) eine politische Praxis.“ (295) Sie wird wirksam als „Geschichten der Genese von Selbstverständnissen und der Konstruktion von Selbstverständnissen, adressiert an die Träger dieser Selbstbilder, und zwar in der Form von Machtgeschichten, die in den Zuhörern Zweifel an der Notwendigkeit ihres eigenen So-Seins auslösen oder verstärken.“ (309)

Saar gibt zu, dass das grundsätzliche philosophische Vorgehen Nietzsches und Foucaults als Kritik zu verstehen, durchaus bestreitbar sei. (310) Doch zugleich betont er, dass die damit vorgeschlagene Deutung der Genealogie als Kritikform für spezifische kultur- und gesellschaftskritische Ziele durchaus geeignet sei, nämlich für eine machtsensible Beschreibung von Subjektwerdungsprozessen, ohne ein

generell einsetzbares Kritikinstrument darzustellen. (313) Sie mache die Subjekte aufmerksam auf gewisse eigene schädliche Komplizitäten mit schädlichen Ordnungen. (331)

Zu fragen ist natürlich, was schädlich ist und wie wir dazu kommen, etwas als schädlich zu betrachten und abzulehnen. Das hängt von der Überzeugungskraft der genealogischen Geschichten ab, die erzählt werden und die dazu führen können, nicht so ein Subjekt werden zu wollen oder gar schon zu sein. Eine solche Geschichte findet sich zu Anfang der Ordnung der Dinge, in der eine Kurzgeschichte von Borges erwähnt wird, die zur Geschichte der europäischen Denksysteme absolut nicht passt: eine chinesische Enzyklopädie zum Reich der Tiere, die eine ganz andere ontologische Ordnung enthält als „wir“ sie gewohnt sind, in der die Grenze unseres Denkens überschritten wird und es unmöglich erscheint, so etwas zu denken. In Foucaults Essay „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“ sieht Saar „nichts Geringeres als Foucaults eigene programmatische Absichtserklärung für eine alternative Geschichtsschreibung.“ (299)

Die genealogische Kritik ist eine kritische Perspektive auf das Subjekt, „die vom Selbst ausgeht und sich von dort her auf die sozialen Ordnungen in ihrer subjektprägenden Macht richtet.“ (335) Das kann sie, wenn sie das Gefühl erzeugt, „bei seiner eigenen Unterwerfung beteiligt zu sein. (341) „Zu jeder erfolgreichen Genealogie gehört aber jemand, der selbst sagt: so nicht.“ (346)

Genealogische Kritik ist jedoch nicht die einzig mögliche Form der Kritik, es gibt andere, die ebenfalls zu verwenden sind, indem man, um nur ein Beispiel zu nennen, z.B. den Anspruch der christlichen Werte, universell zu sein, mit den Realisierungen christlicher Ethiken ins Verhältnis setzt.

Saars „Genealogie als Kritik“ ist ein philosophisch anspruchsvolles Werk und daher sicherlich nicht zur Feierabendlektüre geeignet. Es ist selbst eine genealogische Geschichte, wenn man bereit ist, sich ihr auszusetzen. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit Kritischer Diskursanalyse (und sich selbst) sowie den Gesellschaften, in denen wir leben, ist sie unersetzlich.

6 S. dazu Christian Pietzek in Jäger /Zimmermann (Hg.), S. 57-59.

Wider die Ökonomisierung des Bildungssystems

Eine Rezension von Niels Brockmeyer

In seiner Untersuchung wendet sich Niels Spilker den drastischen Veränderungen des Bildungsbereiches der letzten Jahre zu und attestiert diesem berechtigterweise eine zunehmende Kolonialisierung durch ein ökonomisches bzw. neoliberales Denken. Insofern versteht der Autor seine Arbeit auch als eine Zeitdiagnose.

Zentral für Spilkers Untersuchung, mit der er sich von anderen zeitdiagnostischen Untersuchungen zu Veränderungen des Bildungssystems¹ abgrenzt, ist die machttheoretische Perspektive, die die Grundlage für seine empirische Untersuchung darstellt. Hinsichtlich der machttheoretischen Fundierung der Arbeit orientiert sich Spilker dabei an Foucaults Abhandlung zum Begriff der Gouvernamentalität und stellt dieses Denken in Bezug zu Poulantzas und Gramscis machttheoretischen Ansätzen. Diese theoretische Grundlage soll letztlich zur empirischen Untersuchung des Dispositivs des lebenslangen Lernens beitragen, welches aus Spilkers Sicht in der heutigen Bildungslandschaft auszumachen sei. In diesem Rahmen vertritt er die These, dass sich dieses Dispositiv auszeichnet aus „der Konstituierung und Regierbarmachung von Staatskörpern, der Bevölkerung und ihrer Problemzonen, des eigenverantwortlichen Subjekts sowie der unternehmerischen und flexiblen Bildungseinrichtung“ (146). Diese These legt er anhand seines empirischen Materials dar, das aus bildungspolitische Programmschriften sowie Experteninterviews mit Volkshochschulvertreter_innen besteht. Mit der Dispositivanalyse betritt Spilker ein relatives Neuland, das bisher kaum

¹ Hier sind unter anderem eher populärwissenschaftliche Bücher zu nennen wie beispielsweise: Konrad Paul Liessmann 2006: Theorie der Unbildung: Die Irrtümer der Wissensgesellschaft und Konrad Paul Liessmann 2014: Geisterstunde. Die Praxis der Unbildung. Eine Streitschrift. (Beide erschienen im Wiener Paul Zsolnay Verlag).



Niels Spilker: **Lebenslanges Lernen als Dispositiv – Bildung, Macht und Staat in der neoliberalen Gesellschaft**. 2013
Münster: Westfälisches Dampfboot (310 Seiten, 34,90 €)

ausgelotet wurde. Daher verwundert es vielleicht auch nicht, dass beim Lesen der Eindruck entsteht, dass Spilker das Dispositiv des lebenslangen Lernens von der begrifflichen Verwendungweise nicht stringent benutzt. So entsteht zuweilen der Eindruck, dass Niels Spilker den Begriff des Dispositivs an einigen Stellen beispielsweise mit dem bourdieuschen Begriff des sozialen Feldes gleichsetzt. Dies führt zuweilen zu Verwirrung und ist für das Verständnis nicht immer förderlich. Gleichwohl gelingt es Niels Spilker mithilfe des machttheoretischen Blicks, sich den Veränderungsprozessen im Bildungssystem zu nähern. Die Zusammenschau alleine würde wenig neue Erkenntnisse bringen, aber es zeigt sich, dass die Theoretiker, auf die sich der Autor bezieht, geeignete Grundlagen dazu mitgeben, um das von ihm aufgezeigte Phänomen darzustellen. Die Stärke liegt dabei in der besonderen Akzentuierung bestimmter Merkmale, die für das Verständnis des Phänomens des lebenslangen Lernens als gewinnbringend anzusehen sind.

In diesem Kontext ist insbesondere Spilkers Bezug auf Gramscis Verständnis der „passiven Revolution“ hervorzuheben: Ein Konzept, welches den momentanen Prozess im Bildungsbereich treffsicher auf den Punkt bringt und die Intentionen von Bildungsapologeten wie die der Bertelsmann Stiftung entlarvt. Diese streben, überspitzt formuliert, eine Veränderung des Bildungsbereichs zur eigenen Machterhaltung an. Darüber hinaus wird die Fruchtbarkeit deutlich, welche eine gramscianische Perspektive zur Untersuchung dieser Entwicklungen im Bildungsbereich birgt. Für welche Zielgruppe ist nun Spilkers Untersuchung geeignet? Wer lediglich an einer rein zeitdiagnostischen Untersuchung interessiert ist, kann auch auf andere Bücher zurückgreifen. Wer jedoch daran interessiert ist, mit einer machttheoretischen Perspektive das Phänomen der Bildungstransformation zu betrachten, der/dem kann dieses Buch empfohlen werden.

Niels Brockmeyer studiert Soziologie in Frankfurt.

Der Problembär im deutschen Wald

Eine Rezension von Rolf van Raden

Sommer 2006: Deutschland diskutiert über die Gesundheitsreform und die Fußball-Weltmeisterschaft im eigenen Land. Doch oh Wunder: Ein weiteres Thema kann sich in diesen Tagen durchsetzen: „Bruno, der Problembär“ betritt bayrischen Boden und wird schließlich erschossen. In einer unterhaltsamen wie erkenntnisreichen kleinen Buchveröffentlichung hat David Freydank den Fall diskursanalytisch unter die Lupe genommen und kommt zu erstaunlichen Ergebnissen.



„Bruno der Problembär“ als Dermoplastik im Museum für Mensch und Natur München.

Den Einstieg in die Untersuchung liefert eine vormals geheime US-Depesche, die von Wikileaks 2010 veröffentlicht wurde. In ihr wundern sich die Beobachter*innen der US-amerikanischen Botschaft, dass der Fall Bruno in Deutschland so eine herausragende Rolle spielte, und stellen fest: „The incident also offers a snippet of insight into German attitudes toward environment.“ Diese Spur nimmt David Freydank dankbar auf.

Worum es geht? Im Sommer 2006 wanderte ein junger Braunbär mit der Bezeichnung JJ1 aus Italien über Österreich in die bayrischen Alpen ein. Zunächst wurde er vom bayrischen Umweltminister Schnappauf offiziell willkommen geheißt. Doch weil er Schafe und Hühner riss, schwenkte die Meinung des Ministeriums um, und der Bär sollte abgeschossen werden. Dagegen gab es breiten Protest von Tier- und Naturschutzgruppen.

Freydank untersucht, wie der Bär nach einer unfreiwillig komischen Pressekonferenz-Auftritt von Edmund Stoiber zum „Problembär“ wurde. Als sich im Juni 2006 dann der Eigenname Bruno durchsetzte, nahm die Berichterstattung eine weitere Wendung. Als Bruno auf Anweisung des bayrischen Innenministeriums erschossen wurde, folgte eine Welle der Entrüstung: Spiegel Online verglich Brunos Tod mit dem von John Lennon und Lady Di. Die Boulevardzeitung *tz* forderte dazu auf, Protestbriefe zu schicken, und Bild schlug gar ein Staatsbegräbnis vor.

Freydank will mit seiner Analyse nicht nur klären, wieso das Schicksal des Bären so viele Menschen bewegt hat. Er untersucht präzise und stellenweise mit viel Humor, wie die Debatte um den „Problembären“ mit fundamentalen gesellschaftlichen Diskursen verknüpft wurde. In dem nur hundert Seiten

dünnen Büchlein verfolgt der Autor den Weg des Bären aus einem italienischen Bärenaufzuchtprogramm bis in die Glasvitrine des Museums für Mensch und Natur.

Ein Grund für Brunos Popularität ist laut Freydank, „dass die Rede über den Bären [...] den harten binären Reduktionsmus von Mensch und Tier in Frage stellt“ (S.16). Der Bär nehme die Rolle des Grenzgängers nicht nur zwischen den Alpenländern, sondern auch zwischen Mensch und Tier ein. Weil der hierarchisierende Mensch-Tier-Dualismus ein zentrales Deutungsfundament sei, gerate die Rede über Bruno in Konflikt mit hegemonialem Wissen.

Freydank gibt den lustigen Episoden um Bruno ausreichend Raum, wobei es ihm aber um viel mehr geht: Er zeigt, dass Humor eine brutale Diskursstrategie sein kann. So weist Freydank nach, dass die Medien teilweise eine rassistisch konnotierte Verschränkung der Bruno-Debatte mit Migrationsdiskursen vornahmen. Ein Paradebeispiel dafür sei die Berichterstattung der *Welt* und der *Welt am Sonntag*: In den Zeitungen wurde augenzwinkernd über „Abschuss oder Bleiberecht“ diskutiert, und es wurde gefragt, ob dieses „Ungetüm“ denn gar keine „Leitkultur“ habe (*Welt am Sonntag* 28.05.06). Bruno tauchte in einer antimuslimischen Satire auf (*Welt* 23.05.06), und es wurde festgestellt: „Stärkeren Sanktionen“ könne Bruno „nur durch freiwillige Rückkehr in die Heimat entgehen“, denn: „Deutschland kann nicht Auffangbecken für alle Problembären dieser Welt sein.“ (*Welt*, 31.05.06) Freydank zeigt, dass Humor hier keineswegs dazu diene, um sich über die deutsche Flüchtlingspolitik lustig zu machen. Vielmehr seien rassistische Vorurteile reproduziert und verstärkt worden. In einer „kleinen Genialogie des Bären“

widmet sich Freydank dem Bären als Kollektivsymbol von der Antike bis zur Gegenwart. Der Bär steht demnach für Stärke und Wildheit, aber auch für Bedächtigkeit. In der europäischen Fauna wird er als das dem Menschen ähnlichste Tier wahrgenommen. Im 19. Jahrhundert sei der Bär aus dem deutschen Wald verschwunden und zunehmend als Teddybär ins bürgerliche Kinderzimmer gewandert. Unter anderem über den Wandel der Rezeption von Märchen erklärt Freydank die Nähe des Kollektivsymbols Bär zu Vorstellungen von Kindheit.

Daran anknüpfende Muster der Vermenschlichung sorgten schließlich dafür, dass der Fall Bruno zu einem „Mordfall“ wurde, in dem der Bär einerseits als Psychopath und Serientäter auftauchte, andererseits aber auch als Opfer. Durch Bärenmanagement-Pläne des Umweltministeriums werde versucht, Bären zu normalisieren, was im Fall Bruno nicht gelungen sei. In den Plänen, so Freydank, spiegle sich eine moderne Form von Herrschaft wider, was er auf Grundlage von Foucaults Biomacht-Begriff erläutert.

Das alles klingt ambitioniert, bleibt aber stets nachvollziehbar und plausibel. Daher ist Freydanks Problembär-Studie ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Verfahren der Kritischen Diskursanalyse kreativ und höchst ertragreich zur Untersuchung von diskursiven Ereignissen eingesetzt werden können. Prädikat: Für die kurze Lektüre zwischendurch unbedingt empfehlenswert.

David Freydank

Ein Problembär im deutschen Wald.

Eine Diskursanalyse des Falls „Bruno der Problembär“ im Kontext gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Aachen: Shaker Verlag 2014, 106 Seiten, 24,80 Euro.

Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus

Thesen des AK Rechts im DISS (Helmut Kellershohn, Mark Haarfeldt, Michael Lausberg, Martin Dietzsch, Lenard Suermann.)

1.

Der Populismusbegriff ist – so Christoph Butterwegge – aus zwei Gründen „schildernd und unscharf“, ja „missverständlich“. Einerseits begreife er – ähnlich wie der Totalitarismusbegriff – gegensätzliche Strömungen auf der Linken wie auf der Rechten unter sich, die er der Form nach als „Politik(vermittlungs)form und Regierungsstil“ identisch setzt. „Nach herrschender Lehre charakterisiert der Populismus gar nicht die Politik einer Partei, sondern nur die Art, wie sie gemacht und /oder ‚an den Mann gebracht‘ wird.“ Diese „Formaldefinition“ sei unbefriedigend. Zwar seien etwa „ein gewisses rhetorisches Talent und die argumentative Demagogie seiner führenden Repräsentanten [...] auffällige Merkmale des Populismus“, für sich genommen „aber nicht für ihn konstitutiv“, weil von den Inhalten und Zielen der jeweiligen Politik abstrahiert werde. Populismus sei „mehr als eine Stilfrage und eine Agitationstechnik, worauf schon die Etymologie des Terminus verweist, denn die ursprüngliche Wortbedeutung lässt den Anspruch damit Bezeichneter erkennen, Politik im Namen des Volkes und/oder für das Volk zu machen“. Die Linke aber habe eine andere „Topographie der Gesellschaft“ als die Rechte, und auch wenn sie „zumindest vorübergehend“ den Begriff Volk gebrauche, dann sicherlich nicht in einem ethnischen Sinne. insofern die Rechte der „Konstruktion eines (ethnisch) homogenen Volkes“ folge, das „sie den ‚korrupten Eliten‘ gegenüberstellt“. (Butterwegge 2011, 9) Über einen „linken“ Begriff des Volkes schweigt sich Butterwegge freilich aus.

Die zweite Unschärfe, die Butterwegge moniert, bezieht sich unmittelbar auf den Begriff „Rechtspopulismus“. Es werde häufig der Anschein erweckt, „als sei ‚Rechtspopulismus‘ das demokratisch geläuterte, zumindest sehr viel moderatere Pendant zum Rechtsextremismus, nicht etwa nur eine Spezialform desselben“ (8). Während also die genannte „Formaldefinition“ auf die Gleichförmigkeit von Links- und Rechtspopulismus zielt, betont



diese verbreitete (und von Butterwegge kritisierte) Auffassung die Differenz zum Extremismus und die Eigenständigkeit des Populismus, so als ob die Anrufung des Volkes und die besagte Opposition Volk vs. Eliten nicht auch ein Bestandteil etwa der NPD-Propaganda wäre.

Um dieser Abgrenzungsproblematik bzw. terminologischen Unklarheit zu begegnen, schlägt Butterwegge folgende Definition des Rechtspopulismus vor: „Als rechtspopulistisch sollten nur jene (Partei-)Organisationen, Strömungen und Bestrebungen bezeichnet werden, die den Dualismus von ‚Volk‘, ‚Bevölkerung‘ bzw. ‚mündigen Bürgern‘ und ‚Elite‘, ‚Staatsbürokratie‘ bzw. ‚politische Klasse‘ zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen, ohne militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen.“ (9; Hervorh. d. Vf.)

Populismus und Extremismus bilden also, folgt man Butterwegge, eine politische Familie, unterscheiden sich aber in der Frage der Militanz und Gewaltbereitschaft – mithin ein Unterschied, der sich auf die Frage der Mittel und, darüber vermittelt, auch der strategischen Ziele bezieht. Denn klar ist: wer auf Militanz und Gewaltandrohung verzichtet, akzep-



tiert den bestehenden Rahmen der „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, auch wenn mit der Opposition Volk vs. Staat auf ideologischer Ebene der Rahmen eben dieser Ordnung tendenziell gesprengt wird. Hier taucht also das (bei Butterwegge nicht weiter reflektierte) Problem auf, dass der Rechtspopulismus weder eine Spezialform des Rechtsextremismus ist noch insofern demokratisch geläutert ist, als die ideologische „Konstruktion eines (ethnisch) homogenen Volkes“ mit besagter Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

2.

Strategisch-taktische Eigenständigkeit und ideologische Verwandtschaftsbeziehungen (mit der extremen Rechten) kennzeichnen den Rechtspopulismus gleichermaßen. Um das besser zu verstehen, schlagen wir vor, auf den Begriff des völkischen Nationalismus zu rekurrieren, den wir als strömungsübergreifendes weltanschauliches Gebilde betrachten, dessen verschiedene Lesarten aber mit den strategischen Optionen zu tun haben, die die verschiedenen Lager verfolgen.

Wesentliche Bestandteile des völkischen Nationalismus sind ein Verständnis von Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation

bzw. der Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und/oder Führerkult, die Heroisierung des opferbereiten und dienstbaren Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken, ein biopolitisches Verständnis des ‚Volkskörpers‘ und der Primat der Außenpolitik, basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates und geopolitischen Imperativen verpflichtet.

Der Völkische Nationalismus ist, so unsere These, im Kern populistisch, wenn man von dem ausgeht, was von Butterwegge als Kennzeichen des Populismus ausgemacht wird, nämlich die Opposition Volk vs. Elite. Diese ist generell Bestandteil eines völkischen Nationalismus, ob er nun von der NPD vertreten wird oder etwa von der AfD.

Man erinnere sich an die bereits aus dem 19. Jahrhundert stammende Parole „Deutschland den Deutschen“. Die Parole, in der völkischen Bewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts und dann bei den Alldeutschen sehr verbreitet, unterstellte, dass Deutschland nicht den Deutschen (im völkischen Sinne) gehöre; vielmehr gäbe es hier Juden, Polen, Dänen usw., die den Deutschen das Besitzrecht über ihr eigenes Land streitig machen würden. Folglich sei es notwendig, diese nicht-deutschen ‚Elemente‘ entweder voll und ganz zu assimilieren („germanisieren“) oder im Extremfall zu vertreiben. Die Parole richtete sich aber auch gegen einen Großteil der herrschenden Eliten im Kaiserreich, denen man vorwarf, nicht genügend die Interessen der Deutschen zu vertreten und also insgeheim oder offen mit den Feinden zu paktieren, d.h. zuzulassen, dass Deutschland nicht wirklich den Deutschen gehöre. Der völkische Nationalismus war also im Prinzip antihegemonial und kritisierte aus dieser Position die nationale Unzuverlässigkeit der Eliten. Heute nennt man das die „populistische Basiserzählung“ (Geden 2007). Sie gruppiert sich um zwei Achsen, einer vertikalen Achse (unten-oben, Volk vs. Elite) und einer horizontalen Freund-Feind-Achse, die zum einen scharf die Innen-Außen-Grenze markiert, den Feind aber sowohl im Inneren als außen verortet, was die Bedrohungssituation für das „Wir“ (Volk) zweifellos steigert. Das ist aber, um es noch einmal zu betonen, nichts anderes als eine völkisch-nationalistische Konfiguration. Das gilt auch für folgende Weiterungen:

Das „Volk“ wird zwar als homogene Einheit im ethnischen Sinne betrachtet, mental ist es das aber nicht, sondern es zerfällt in disparate Teile, die erst zusammengefügt werden müssen. „Volk“ ist Volk in statu nascendi, oder wie der jungkonservative Soziologe Hans Freyer (1887-1969) gesagt hätte: ein „Volk im Werden“; es bedarf der Führung durch eine Gegen-Elite, die gewissermaßen sich zum Repräsentanten und Interpreten des ‚wahren‘ Volkswillens aufschwingt. Zum Prozess der Volkwerdung gehört folglich auch eine „innerstaatliche Feinderklärung“, die sich gegen alle undeutschen ‚Elemente‘ richtet, die diesem Prozess entgegenstehen, allen voran die national unzuverlässigen Eliten und dann alle diejenigen, die undeutschen, sog. universalistischen Weltanschauungen anhängen.

Eine weitere Differenzierung betrifft die Oben-unten-Achse: Sie bildet, vereinfacht gesagt, soziale Dichotomien ab, anders allerdings als das zum Stereotyp gewordene Zwei-Klassen-Modell des Kommunistischen Manifests: Proletariat vs. Bourgeoisie, dazwischen die zwischen diesen beiden Polen hin- und herschwankenden Mittelschichten. In diesem Modell bilden die Mittelschichten sozusagen den „Sumpf“ des Übergangs und der Unentschiedenheit. Anders dagegen im völkisch-nationalistischen (resp. populistischen) Modell. Hier ist die Mitte, das „Volk im Werden“ positiv besetzt. Es sind die arbeitsamen, fleißigen, anständigen Deutschen des Mittelstandes, die von den Eliten um den Erfolg ihrer Arbeit betrogen werden. Die Eliten sind im Prinzip parasitär, Macht und Reichtum beruhen auf einer illegitimen Aneignung auf Kosten des Mittelstandes. Macht und Reichtum sind nicht durch eigene Arbeit erworben, sondern dadurch, dass sie entweder den Staatsapparat okkupiert haben und damit über gesellschaftliche Ressourcen (Steuern) verfügen oder aber das Geld für sich arbeiten lassen, unrechtmäßig Zinsgewinne einstecken (wie die Banker) oder, wie das international agierende Großkapital, auf Kosten der nationalen Wirtschaft sich bereichern. Kern dieses Antikapitalismus, der gleichzeitig einen ‚gebändigten‘ Kapitalismus bejaht, ist die Ideologie des Arbeitseigentums: produktiv ist nur derjenige, der durch eigene Arbeit (und durch Sparen) Reichtum erwirbt.

Parasitär sind in diesem Modell aber nicht nur die in diesem Sinne kritisierten

Eliten, sondern auch diejenigen, die nicht arbeiten wollen oder – selbstverschuldet – nicht können. Die also auf der faulen Haut liegen, unverantwortlich viele Kinder in die Welt setzen und staatliche Hilfen verprassen, eben das Prekariat, so wie man es sich landläufig vorstellt. Diese Elemente bedürfen einer ‚harten Hand‘, sie müssen zur Arbeit erzogen werden, damit sie sich als ‚volksdienlich‘ erweisen können, statt von den Eliten und einem ‚verwöhnenden‘ Staat alimentiert zu werden.

3.

Der Sinn der vorstehenden Ausführungen besteht darin, auf ein Quidproquo hinzuweisen, auf eine Vertauschung. Die sogenannte populistische Basiserzählung steht für das, was allgemeiner als völkisch-nationalistische Redeweise zu bezeichnen wäre (wovon sie nur eine spezielle Lesart ist). Insofern transportiert sie ideologische Denkfiguren, die sich auch in der extremen Rechten generell finden. Im Programm der sächsischen AfD z.B. firmiert Wirtschaftspolitik grundsätzlich als Mittelstandspolitik: „Die AfD Sachsen sieht in einem gesunden Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft [...]. Wirtschaftspolitik ist für uns in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik.“ Im NPD-Programm heißt es: „Es gilt, die überwiegend mittelständische Struktur unserer Volkswirtschaft zu stärken. Der Mittelstand, nicht die Konzerne, sind der eigentliche Arbeitsplatzmotor in Deutschland.“ Der Motor! – Ein schönes technisches Bild, organisches Äquivalent ist das „Herz“ – der Mittelstand als das Herz Deutschlands, als die „goldene Mitte“, völkisch gesprochen: als dynamischer Kern im Volkwerdungsprozess.

Die Frage, die sich stellt, ist also, was das Besondere der populistischen Basiserzählung ausmacht, genereller gefragt, was das Besondere des Rechtspopulismus ist, wenn doch die Merkmale des völkischen Nationalismus auch z.B. in der NPD-Programmatik zu finden sind. Wir wollen dies hier nur kurz skizzieren. Der Rechtspopulismus, hierin ist Butterwegge zuzustimmen, akzeptiert zunächst die Spielregeln der Demokratie, d.h. er betreibt keine Fundamentalopposition, will das „System“ nicht abwickeln, sondern das System mit systemkonformen Mitteln gradualistisch, Schritt für Schritt verändern, und zwar nach Maßgabe völkisch-

nationalistischer Imperative. Diese strategische Orientierung oder Option lässt aber die politischen Inhalte nicht unverändert. Im Kampf um die kulturelle Hegemonie geht es um Anschlussfähigkeit an die hegemonialen Diskurse, um diese quasi von innen heraus zu transformieren, in die ‚richtige Richtung‘ zu entwickeln. Das ist die Aufgabe der organischen Intellektuellen, die Gramsci als Konstrukteure, Organisatoren und permanente Überzeuger im politischen Kampf charakterisiert, die also in der Lage sind, in einem permanenten Stellungskrieg um die Deutungshoheit allmählich die Kräfteverhältnisse zu verändern. Es wäre von dorthier, um ein Beispiel zu bringen, kontraproduktiv, Maximalforderungen etwa zur Frage der Zuwanderung zu stellen, wie dies die NPD mit ihrem Rückführungsprogramm unternimmt. Die Parole „Ausländer Raus“ wird folglich flexibilisiert: es wird (so die AfD) unterschieden nach integrationswilligen und nichtintegrationswilligen, nach assimilierbaren und nicht assimilierbaren, nach nützlichen und nichtnützlichen Ausländern. Wir brauchen Ausländer, aber bitte, wenn schon, dann die richtigen (weil z.B. leistungswilligen). Das klingt pragmatisch, folgt scheinbar opportunistischen Überlegungen, tatsächlich handelt es sich um Überlegungen, die durchaus theoretisch untermauert (z.B. durch eine Kulturkreistheorie) werden und auf Variationen (Lesarten) des völkischen Nationalismus verweisen, die bereits in der Zwischenkriegszeit von den jungkonservativen Volkstheoretikern und Volkstumsforschern wie Max Hildebert Boehm oder Karl C. v. Loesch entwickelt wurden.

4.

Damit sind wir bei einem wichtigen Punkt. Wenn man schon mit Blick auf die AfD von Rechtspopulismus spricht, dann darf nicht übersehen werden, dass die programmatischen Grundlagen der AfD schon vorlagen, bevor sie gegründet wurde. Anders ausgedrückt: Ideologisch gesehen ist dieser Rechtspopulismus völlig unselbstständig. Das gilt für die EU- und Eurokritik (erinnert sei an den Bund freier Bürger); das gilt – weiteres markantes Beispiel – für die pronatalistische Bevölkerungspolitik, wie sie im Programm der sächsischen AfD propagiert und mit Forderungen nach einem Familienwahlrecht gekoppelt wird. Auch das ein alter Hut. Wir finden sie in der Programmschrift

des jungkonservativen Deutschen Herrenklubs (Walter Schotte: Der neue Staat, Berlin 1932) ebenso wie in den Schriften Robert Hepps in den 1980er Jahren.¹ Wenn der Chefredakteur der *Jungen Freiheit* Dieter Stein zum Beispiel in der Frage der Zuwanderung von einem „erneuerten Volkstumsbegriff“ spricht und damit eine anschlussfähige Lesart des völkischen Nationalismus einfordert, so finden sich genau hier die Differenzierungen, von denen oben gesprochen wurde. Die Akteurskonstellationen, die wir heute in der AfD (Nationalliberale, Nationalkonservative oder Deutschnationale, fundamentalistische Christen und Lebensschützer etc.) sehen, haben bereits jahrelang ihr mediales Forum in der *Jungen Freiheit*.

Wenn man den Begriff Rechtspopulismus gebraucht, so unser Fazit, reicht eine „Formaldefinition“, die auf Stilfragen, Argumentationstechniken oder Kommunikationsmuster abhebt, nicht aus. Hierin ist Christoph Butterwegge zuzustimmen. Es reicht aber auch nicht aus, die Opposition Volk vs. Elite als die für Populisten zentrale Unterscheidung im Rahmen einer auf Militanz und Gewalt verzichtenden politischen Strategie zu bemühen. Weiterführender wäre es, die spezielle Lesart des völkischen Nationalismus herauszuarbeiten und dabei das Verhältnis von „Konsens und Konkurrenz“ z.B. gegenüber der NPD zu beachten. Im Zusammenhang mit der AfD sind dabei die metapolitischen Vorarbeiten der jungkonservativen Neuen Rechten gleichfalls zu berücksichtigen.

Literatur

Butterwegge, Christoph 2011: Was ist „Rechtspopulismus“, in: Rechtspopulismus in Berlin, hrsg. vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“, Berlin, S. 8-10.

Geden, Oliver 2007: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien (SWP-Studie), Berlin.

Kellershohn, Helmut (Hg.) 2013: Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“. Rechten, Münster.

¹ Wir haben diese (und ähnlich gelagerte) Zusammenhänge des Öfteren in unseren Untersuchungen zur jungkonservativen Neuen Rechten (*Junge Freiheit*, Institut für Staatspolitik, Verlag Antaios, Blaue Narzisse) herausgearbeitet (vgl. Kellershohn 2013).



Sebastian Reinfeldt

„Wir für Euch“

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise

Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast
144 S., 16 €

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.



Kriegsdenkmal, Bochumer Stadtpark. Historische Postkarte (Stadtarchiv Bochum)



Gefällte Helden. Stadtarchiv Bochum (Foto: M. Dietzsch)

Gefällte Helden

Von Martin Dietzsch

Fast 50 Jahre lang standen am Eingang zum Bochumer Stadtpark zwei überlebensgroße kriegsverherrlichende Soldatenfiguren. Heute ist der Platz vor der Denkmalsmauer leer. 1983 brachten Unbekannte die beiden Helden mit der Säge zu Fall. Ähnliche Aktionen drastischen Protests gegen kriegsverherrlichende Denkmäler gab es auch in anderen Städten.

Ungewöhnlich war die Reaktion des Bochumer Stadtrats. Nach längerer Diskussion wurde der ursprüngliche Zustand nicht wiederhergestellt, sondern statt der beiden Helden eine Tafel mit folgendem Text an der Denkmalsmauer angebracht:

„Von 1935 bis 1983 stand hier ein Kriegerdenkmal, geplant zum Gedenken an die Gefallenen des ehemaligen 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 67, errichtet und eingeweiht im Ungeist des Nationalsozialismus. Im Februar 1983 stürzten Unbekannte das Denkmal. Auf Beschluß des Rates der Stadt Bochum wurde es hier nicht wieder errichtet. NIE WIEDER KRIEG UND FASCHISMUS Stadt Bochum 1984“

Es gibt keinen zwingenden Grund, alle diese Denkmäler – in Deutschland soll es über 100.000 davon geben – in derselben Form und mit derselben Aussage zu erhalten, wie sie einst errichtet wurden. Selbst ein so drastisches Ereignis wie ein gewaltsamer Denkmalssturz kann als Teil der Rezeptionsgeschichte aufgefasst werden. Freilich gibt es gegen eine solche Sicht erhebliche Widerstände – so beantragte die Bochumer CDU schon mehrfach und bisher ohne Erfolg die Wiederaufstellung des Kriegsdenkmals am ursprünglichen Platz.

Die beiden Bochumer Metall-Helden wurden nicht verschrottet. Seit September 2014 sind sie als gefällte Heldenbildnisse inszeniert im Eingangsbereich des Bochumer Stadtarchivs zu besichtigen. Sie bilden den Anfangs- und Endpunkt der neuen Dauerausstellung „Zwischen Heimat und Front. Bochum im ersten Weltkrieg“.

Diese Ausstellung ist auch für Nicht-Bochumerinnen und Nicht-Bochumer sehenswert. Thematisiert werden anhand von

zahlreichen Dokumenten und Artefakten z.B. auch die Kriegsziel-Denkschriften, die Burgfriedenspolitik (die Bespitzelung der sozialdemokratischen, der anarchistischen und der polnischen Arbeiter wurde eingestellt) und die deutschen Verbrechen in Belgien (das Massaker in Latour, bei dem am 24.8.1914 71 Zivilisten erschossen wurden, die Besatzungspolitik und Zwangsarbeit). Die Formierung der Heimatfront und die Proteste und Streiks ab 1916 bilden weitere besonders interessante Stationen. Endpunkte der Ausstellung sind die Kriegsdenkmalsbewegung in der Weimarer Zeit und die Ausgrenzungs- und Aufrüstungspolitik der Nazis.

Der Eintritt ist frei, geöffnet ist täglich außer montags, die Ausstellung befindet sich in den Räumen des Bochumer Stadtarchivs (Wittener Straße 47) in der Nähe des Hauptbahnhofs. Nähere Informationen sind abrufbar unter www.bochum.de/stadtarchiv.



Kriegsdenkmal, Bochumer Stadtpark. Heutiger Zustand (Foto: M. Dietzsch)

Antisemitische Kritik Israels?

Ein Debattenbeitrag von Moshe Zuckermann

Man ist irritiert: Es bricht ein Krieg zwischen Israelis und Palästinensern aus, und bald tut sich der Unmut, die Wut, der Hass auf die Israelis im Antisemitischen kund. Es fragt sich freilich, wer genau irritiert ist. Zunächst einmal die Israelis selbst, denn sie haben sich nach eigenem Verständnis doch nur gegen palästinensischen Terror gewehrt; sie meinen auch nicht, unproportional reagiert zu haben, und ohnehin hätten die Palästinenser sich selbst zuzuschreiben, was über sie hereingebrochen ist. Irritiert sind auch die Juden außerhalb Israels, die sich mit Israel solidarisieren und die israelische Rechtfertigung für die unmäßige Gewaltanwendung des jüdischen Staates gegen die Palästinenser entsprechend verinnerlicht haben; für sie ist alles, was gegen Israel geht, gegen Juden per se gerichtet, mithin also zwangsläufig antisemitisch. Irritiert sind zudem die Nichtjuden, die sich mit Israel solidarisieren; zwar sind sie nicht blind gegenüber der israelischen Gewalt, bringen aber Verständnis für sie auf oder identifizieren sich gar mit ihr, weil sie Juden mögen, Palästinenser/Araber/ Moslems hingegen umso mehr hassen zu sollen meinen.

Man mag allerdings irritiert sein über diese Irritation. Denn was genau entgeht den Israelis und den sich mit ihnen solidarisierenden Juden und Nichtjuden bei ihren Irritationen? Haben sie wirklich nicht verstanden, wie es zum diesmaligen Krieg gekommen ist? Haben sie wirklich nicht begriffen, wie ideologisch ausgerichtet die gegenwärtige israelische Regierungskoalition ist, die die letzte Gewalttrunde vom Zaun gebrochen hat? Ist ihnen nicht bewußt, wie die Gewaltverhältnisse zwischen Israelis und Palästinensern beschaffen sind; dass Israels Politik der letzten Jahre (und nicht nur dieser) dazu angelegt ist, jede noch so kleine Chance, den Konflikt zu lösen, den Friedensweg zu beschreiten, systematisch zu unterwandern; welchen Anteil Israel an der Heraufkunft der Hamas im Gazastreifen und der Paralyisierung der PLO im Westjordanland hatte? Wenn schon der ehemalige israelische Premierminister Ehud Barak in einem Moment ehrlicher Einsicht zuzugeben vermochte, dass er selbst als sechzehnjähriger Palästinenser wohl Terrorist geworden wäre – was ist dann so irritierend daran, dass man mit Entsetzen, mit Wut und mit Hass darauf reagiert, daß Israels Gewaltreaktion so unmäßig ausfällt, so barbarisch ist, den Tod von so vielen palästinensischen Frauen und Kindern beim Waffengang in Kauf zu nehmen?

Nun sind freilich die allermeisten Israelis (und ihr außerisraelischer Anhang) nicht wirklich irritiert, denn ihnen ist es

längst zur Selbstverständlichkeit geworden, dass alle Kritik an Israels militärischem Verhalten, alle gegen Israel gerichteten Proteste, politischen Maßnahmen und Wutreaktionen nichts anderes sein können als Resultate eines immer schon aktiven Antisemitismus. Sie stellen den Kausalnexus zwischen Israels Politik und die wütend-kritische Reaktion auf diese infrage, weil sie das a priori bestehende Ressentiment gegen Juden für die Ursache besagter Reaktion erachten und nicht etwa Israels Handlungsweise und Verhalten. Weil der Staat Israel seit seinem Bestehen den Anspruch erhebt, die Belange aller Juden in der Welt zu vertreten, und dies eben als zionistischer Staat tut, ist ihnen die Identifizierung von Judentum, Zionismus und Israel zur Gewissheit geworden. So wollte es die zionistische Ideologie seit jeher, und so erzog sie auch nicht nur die Staatsbürger Israels, sondern auch die sogenannten diasporischen Juden, die zwar nicht in Israel leben, aber (zumindest in der Vergangenheit) Gewissensbisse darob entwickelten. Es gehört zu den Lebenslügen vieler außerhalb Israels lebender Juden, sich mit Israel abstrakt zu solidarisieren, und zwar blindlings, ohne dass sie an den realen Geschehnissen Israels teilzunehmen gedenken. Und weil sie Judentum, Zionismus und Israel gleichsetzen, leiten sie davon auch die negative Gleichsetzung von Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik ab. Besonders verwunderlich ist, dass diese ideologische Indoktrination auch bei vielen Nichtju-



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast
240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Niels Spilker
Die Regierung der Prekarität
 Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse
 Edition DISS
 Bd. 27, Münster: Unrast
 160 S., 18 Euro

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? In welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden? Niels Spilker geht diesen Fragen nach, und untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der governmentality studies untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements. Die Technologien der Fremd- und Selbstführung legen eine Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit“ (Bourdieu) nahe. Gleichzeitig verwickeln sie Subjekte in Probleme. Es entsteht eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen potentielle Brüche und Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.



Rolf van Raden
Patient Massenmörder. Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse
 Edition DISS Bd. 25, Münster: Unrast. 184 S., 24 Euro

Hirnforschung, RAF, Amokläufe in Schulen – in der Auseinandersetzung über solche Themen spielt bis heute ein Mordfall eine Rolle, der sich vor einem Jahrhundert ereignete. Der schwäbische Lehrer Ernst August Wagner tötete 1913 seine fünfköpfige Familie und neun weitere Menschen. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Sein Arzt Robert Gaupp entwickelte an dem Fall die Lehre von der echten Paranoia. Parallel dazu forderte er schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Die Studie untersucht das Geflecht biopolitischer Diskurse, in dem sich der Mörder und sein Arzt gemeinsam bewegten.

den die Blüten falschen Bewusstseins gezeitigt hat. Viele Deutsche etwa erweisen sich als unfähig, die Kategorien auseinanderzuhalten: Weil sie von der Schuld des von Deutschen an Juden Verbrochenen angetrieben sind, meinen sie, sich auch mit dem zionistischen Israel, welches sie (wie viele Juden) als logisches Resultat der Menschheitskatastrophe ansehen, solidarisieren zu sollen, und zwar unabhängig davon, wie sich Israel im Konflikt mit den Palästinensern gebärdet.

Anzuvisieren sind allerdings auch die israelfeindlichen Reaktionen, die der Krieg mit den Palästinensern diesen Sommer gezeitigt hat. Es ist davon auszugehen, dass viele der Proteste sich gegen Israels Politik und Militäraktionen gerichtet haben – mit nicht geringer Berechtigung, wie sogleich hinzugefügt sei –, ohne sich gegen Juden oder den Zionismus per se zu richten. Aber es ist auch unabweisbar, dass sich in diese anti-israelischen Demonstrationen antisemitische Elemente integriert haben, die entweder von einem bereits bestehenden Antisemitismus angeregt waren oder in einen solchen umkippten, je massiver Nachrichten und entsetzliche Bilder aus dem Gazastreifen die Medien überschwemmt (wobei auch diese wohl von einem durch die Ereignisse angerührten latenten antisemitischen Ressentiment herrührten). Gemeinhin ist die politische Klasse Israels sehr zufrieden mit derlei Antisemitismen; man braucht sie, um jegliche Kritik an der Politik des zionistischen Staates abzuschmettern. Das darf sogar als ein Grundzug des Zionismus seit jeher gelten: Er wollte den Antisemitismus nie bekämpfen, weil er ihn als reale Motivation für die Auswanderung der Diaspora-Juden aus ihren Heimatländern nach Israel ansah. Antisemitische Ereignisse waren ihm instrumentell stets willkommen; nichts Besseres konnte ihm in propagandisti-

scher Hinsicht widerfahren. Bekannt ist Ariel Sharons Spruch vor etwa zehn Jahren, daß jegliche aus Europa kommende Kritik gegen Israel antisemitisch sei; sie mache auch klar, wie es zum Holocaust kommen konnte. Von selbst versteht sich, dass dieses apodiktische Diktum im Zusammenhang mit dem Lebenswerk Sharons zu sehen ist, der monströsen Siedlungsaktivität, die er im Westjordanland initiiert, gefördert und politisch dirigiert hat, welche heute als zentraler Faktor bei der Entstehung der fatalen Sackgassensituation im israelisch-palästinensischen Konflikt und seiner Lösung gelten darf.

Und doch kann nicht übersehen werden, dass die antisemitische Protesthaltung gegen Israel sich derselben Matrix bedient, die auch vielen Israelis und ihrer ideologischen Anhängerschaft zupasskommt. Sie unterscheidet eben nicht zwischen Judentum, Zionismus und Israel und tobt sich am „Jüdischen“ aus, wo es weder um Juden noch um den Zionismus zu gehen hätte, ja nicht einmal grundsätzlich um Israel, sondern um seine friedensfeindliche Politik und seine barbarische Militäraktivität. Ob der Antisemit fähig ist, diese kategoriale Unterscheidung zu vollziehen, bleibe hier unerörtert; er hörte auf, Antisemit zu sein, wenn er dies zu bewerkstelligen vermöchte. Als solcher, als Antisemit, ist er zu überführen und unerbittlich zu bekämpfen. Man hüte sich gleichwohl, daraus ein über jegliche Israelkritik verhängtes Tabu zu extrapolieren. Ein solches wäre nichts als ideologische Perpetuierung der Antisemitismus-Falle, vor allem aber muß sich ein solches Tabu um Israels eigene Zukunft willen strikt verbieten.

Moshe Zuckermann ist Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.



Foto: Andrew Shiva/en.wikipedia.org



Fotos: Iris Tonks

One Night in Hongkong...

Eine kurze Begegnung mit „Occupy Central“ am 03.10.2014

Von Iris und Robert Tonks

Es gibt einige Städte, die sich bei einer Durchreise nach Indonesien als Stop-Over-Möglichkeiten, Rastplätze für eine Nacht, anbieten: z.B. Bangkok, Singapur oder eben Hongkong. Wir entscheiden uns für Hongkong, weil wir Inseln und Berge lieben - und Hongkong hat beides. Weltstadt, pulsierende internationale Millionenmetropole mit Wolkenkratzern orientiert am Feng-Shui-Prinzip - mitten in China und doch sehr britisch, ausgestattet mit einem Sonderstatus als Special Administrative Region. Vom Victoria Peak, den man mit einer Schweizer Bahn erreicht, bietet sich nicht nur ein unvergleichlicher Ausblick - von hier aus kann man auch stundenlang durch tropische Wälder laufen, ohne ein Haus zu sehen. Doch nicht nur Victoria Peak und seine „shopping mall“, sondern auch die Metro und der Airport Express, der den Flughafen in 24 Minuten mit Hongkong Island

verbindet (was kein Auto im alltäglichen Hongkonger Verkehrschaos schafft), erinnern an die enge Verbindung Hongkongs zu Großbritannien. Die Briten übernahmen den „wertlosen Steinhaufen im chinesischen Meer“ (Palmerston, brit. Außenminister) 1841 nach dem ersten Opiumkrieg und hielten das Protektorat Hongkong bis vor 17 Jahren. In dieser Zeit entwickelte sich Hongkong zu einer Hochburg des Kapitalismus. Noch immer ausgestattet mit dem Sonderstatus ist das heutige Hongkong mit 7 Mio. Einwohnern sehr westlich, sehr kapitalistisch geprägt, obwohl es ein integraler Bestandteil der Volksrepublik China ist.

Es gibt Spannungen, komplizierte Wirtschaftsbeziehungen und Konflikte. Letztere haben sich im September 2014 in einem noch nie dagewesenen Ausmaß manifestiert. In erster Linie richten sich die Proteste gegen den Verwaltungschef

C.Y. Leung, der in einem kapitalistischen Teilsystem (Hongkong) das kommunistische Machtsystem (China) vertritt.

Zuerst zu den Spannungen. China hat für 2017 eine Regierungsreform geplant. Erstmals sollen die Hongkonger wählen dürfen; die Kandidaten sind jedoch pränominiert. Vorbestimmte Regierungsvertreter will sich vor allem die junge und gebildete Bevölkerung Hongkongs nicht bieten lassen. Geprägt durch die westlichen Werte, die ihnen ihre Eltern vermittelt haben, wollen Hongkongs Studierende freie Wahlen mit unabhängigen Kandidaten - und sie können ihren Zielen deutlich und rebellisch Ausdruck verleihen. Einige Intellektuelle bilden die Köpfe verschiedener Bewegungen, die sich zu „Occupy Central“ (in Anlehnung an „Occupy Wallstreet“, aber mit ganz anderen Zielen) zusammenschlossen und für Demokratie kämpfen. Die jungen Leute



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion
Edition DISS Band 34 , 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Die sozialen Umbrüche, die von der ›neoliberalen‹ oder ›unternehmerischen‹ Stadt systematisch produziert werden, können wiederum – in den strukturgeschwächten Stadtteilen des Ruhrgebiets z.B. – Anknüpfungspunkt für eine ›Raumergreifungsstrategie‹ von rechts sein. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt. Der Satz ›Europa spricht Deutsch‹ evoziert die Frage nach historischen Diskursen deutscher Hegemonial- und Expansionspolitik in Europa und ihrer Reaktualisierung, zum einen in modifizierter Form im Rahmen einer neoliberalen Austeritätspolitik, zum anderen in Form einer Wiederanknüpfung in extrem rechten Diskursen.

Mit Beiträgen von Leroy Böthel, Thomas Bürk, Alexandra Graevskaia, Jans Helmig, Stefan Lehndorff, Yves Müller, Lucas Pohl, Fabian Virchow, Anne Vogelpohl, Thomas Wagner und Benjamin Winkler



Umdeutungen

setzen friedliche Mittel ein; sie sind auf die Straße gegangen mit Bannern, Plakaten und vielfältigen Kunstaktionen, haben durch die Internetmedien Anhänger mobilisiert - und sie haben eine Straße besetzt; die Straße zwischen den Metrobahnhöfen „Admiralty“ und „Central“ - „Occupy Central“. „Central“, das ist der Hauptknotenpunkt Hongkongs, wo auch die Regierungs- und Finanzgebäude stehen. Das höchste ist das International Finance Center (IFC), wo der Tourist an normalen Tagen hochfahren kann, um die Aussicht zu bewundern - aber nicht heute. Denn hier - so wird uns am Aufzug erklärt - sitzt der Krisenstab zum Monitoring der Protestbewegung und beäugt die Demonstrierenden von oben. Diese haben die Hauptverkehrsader schon seit Tagen in der Hand - angestiftet durch westliche Mächte, wie man in der Volksrepublik China vermutet. Diese traut den jungen Hongkongern also entweder nichts zu oder sucht nach weiteren Feinden. Als Feinde werden die jungen Leute nämlich angesehen und sie werden bekämpft. Einige Tage vor unserer Ankunft wurden kritische Studierende inhaftiert; das führte zu den ersten Protesten und schon bald gab es Übergriffe mit Tränengas durch die Polizei. An den Barrikaden aus Stahlgittern, die mit Kabelbindern zusammengebunden sind, hängen Tücher und Atemschutzmasken - auf den Plakaten, die an allen Wänden und auf der Straße kleben, liest man Aufschreie gegen die Polizeigewalt. Die Polizei steht den Demonstrierenden gegenüber - sie soll gestern mit Gummigeschossen auf-

gerüstet haben, heißt es. Der Vater eines Studierenden, so erklärt man uns, schreit ihnen gerade seinen Zorn entgegen. Es gibt Beifall. Schutzschilder und Helme liegen auf dem Boden - Anspannung in der Luft. Die polizeilichen Übergriffe haben scharfe Proteste, auch aus anderen Teilen der Bevölkerung und aus dem Ausland nach sich gezogen. Familien haben sich mit den Demonstrierenden solidarisiert und sind mit ihren kleinen Kindern zur Blockade gekommen. Die „Umbrella-Revolution“ soll friedlich bleiben - C.Y. Leung soll zurücktreten - so die Forderung. Mit einem aufgespannten gelben Regenschirm stellte sich ein Demonstrant bei einer Regierungsveranstaltung dem Rot der chinesischen Machthaber entgegen. Er war geschützt durch die Anwesenheit internationaler Medienvertreter, deshalb ging niemand gegen ihn vor. Damit erhielt „Occupy Central“ ein Symbol und eine Farbe. Überall liegen und hängen Regenschirme - aufgespannt, die Tuche als Banner zusammengenäht und zwischen Brücken ausgebreitet oder unter den Pavillons der Demonstrierenden liegend. Gelbe Bänder sind um die Barrikaden geknotet - Zehntausende. Und Zehntausende Klebezettel in allen Farben und allen Sprachen säumen den Weg in die Gebäude - aufmunternde, unterstützende Worte und Kritik an China. Nationale und internationale Presse wartet - interviewt Demonstrierende und Anführer verschiedener Protestgruppen vor laufender Kamera. Das Ziel der Bewegung sei Demokratie, freies Wahlrecht insbesondere mit freier Nominierung

der Kandidaten und Mitbestimmung für eine positive Zukunft mit Bildungschancen und Jobs, erzählen uns die Demonstrierenden. Nur Kandidaten haben sie nicht; die sollen sich finden in einem zu kommenden Prozess. Das ist ein Problem. Die Revolution hat einen Namen, Symbole, eine Farbe, ein Ziel, aber kein Gesicht und sie hat viele Gegner.

So kommen wir zur Wirtschaft. Mit Hongkong verfügt China über einen der wesentlichen Finanzdienstleistungsplätze im globalen Maßstab, einschließlich der Hongkong Shanghai Banking Corporation (HSBC), der größten Bank Asiens. Die HSBC bietet China auch mittels der Währung, Hongkong Dollar, eine bedeutende Brücke zum Welthandel. Täglich kommen ca. 20.000 Chinesen mit einem einfachen Visum nach Hongkong - zum Einkaufen und eventuell auch zum Verkaufen. Wenn sie beides tun, spricht man von „Parallel Trading“. Sie bringen vor allem Landwirtschaftsprodukte, wie Reis und sie kaufen v.a. westliche Medizin und Milchpulver. Dies ist ein enormer Wirtschaftsfaktor für den Einzelhandel, auch wenn das „Parallel Trading“ Hongkong - gesamtwirtschaftlich gesehen - auch Nachteile bringt. Nach dem Milchpulverskandal in China, bei dem ca. 30.000 Babys an verseuchter Nahrung starben, kauften Festland-Chinesen organisiert und in großem Stil Hongkong leer an Milchpulver („powder formula“). Jetzt gibt es ein Gesetz. Nur 1,8 kg dürfen eingekauft werden, sonst gibt es hohe Geld- und sogar Gefängnisstrafen. Zurzeit jedoch kommt niemand aus China zum Einkaufen. Die Regierung hat das



„Umbrella-Revolution“

Reisen mit dem einfachen Visum gestoppt und die Einzelhändler Hongkongs verzeichnen finanzielle Einbußen von bis zu 70% - alles wegen der Proteste für mehr Demokratie.

Das ist ein ernstzunehmender Konflikt. Das müsse aufhören, sagt der Taxifahrer, der uns zum Flughafen bringt. Die jungen Menschen müssten die Straße, die Hauptverkehrsader Hongkongs freigeben, es gehe ihnen ja nicht schlecht. Man könne gut leben in Hongkong, nur das Wohnen sei teuer und die Gewinne aus veräußertem Wohneigentum fielen in den Besitz der Regierung. Aber die Proteste machten den Einzelhandel kaputt und schreckten die Touristen ab. Diese kämen nicht pünktlich zu ihren Flügen, wobei er schimpfend nach einem Ausweg aus dem Stau suchte. Wir schafften

es rechtzeitig - doch schon am nächsten Tag hörten wir, dass die friedlichen Demonstrierenden von Schlägertrupps unklarer Herkunft angegriffen wurden. Die Polizei schaute zu und schlug dann auf die Demonstrierenden ein. Die vereinbarten Gespräche waren von der Regierung bereits kurzfristig abgesagt worden und Leung ist auch nicht zurückgetreten. Er und seine Mitarbeitenden betreten nur das Regierungsgebäude zurzeit nicht. Wie die neuen Medien und sozialen Netzwerke den Demonstrierenden durch Kontakte in alle Welt den Rücken decken, so schützen sie auch die Regierung - „home office“ - geht ja auch. Und die in den Medien kursierende Meldung von einem geplanten Hackerangriff der Opposition auf die Regierungscomputer hat nicht stattgefunden - jedenfalls noch nicht. Dafür gibt es aber jetzt wieder Hoffnung auf Gespräche zwischen Regierung und Opposition. Bleibt zu hoffen, dass es auch Aussicht auf Kandidaten für freie Wahlen gibt, die Freiheit und Demokratie als Grundlage ihrer Politik sehen werden. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der diffusen Freiheitsbewegung, ihrer Grundlagen und Ziele und vor allem der Möglichkeit, die Forderung nach Demokratie zu verwirklichen und in der Verfassung Hongkongs zu verankern, steht noch aus.



„You can't kill us all“ - Solidaritätsbekundungen

*Iris Tonks ist Mitarbeiterin des DISS.
Robert Tonks ist Europareferent der Stadt
Duisburg.*

DISS-Projekt: Spurensuche. Zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks haben eine Handreichung für die politische Bildung zum Genozid an Sinti und Roma erarbeitet, die als Online-Broschüre kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden kann. Neben einer Chronologie zur Verfolgung der Duisburger Sinti und Roma während der Nazi-Zeit enthält sie einen Überblick zur NS-Verfolgung insgesamt. Es werden zentrale Begriffe erläutert und Ideen für den Unterricht entwickelt. Das Projekt wurde von der Landeszentrale für politische Bildung NRW maßgeblich gefördert.

„Die Ereignisse, um die es hier geht, liegen viele Jahrzehnte zurück. Es gibt nur noch sehr wenige überlebende Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die aus eigenem

Erleben darüber berichten könnten. Die Tatorte sind nach wie vor im Stadtbild vorhanden. Sie sind stumm, denn sie sprechen nicht für sich. Doch sie können wieder zum Sprechen gebracht werden. Erst seit wenigen Jahren dringt allmählich in das öffentliche Bewusstsein, dass das Schicksal der vom Naziregime verfolgten Sinti und Roma erforscht und gewürdigt werden muss. An den Sinti und Roma wurde ein systematischer, durch Rassenhass begründeter Völkermord verübt. Diese Tatsache wurde in der Nachkriegszeit jahrzehntelang verleugnet. Eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte hat erst nach der Jahrtausendwende begonnen. Die Erinnerungskultur im Bereich der

politischen Bildung und der Gedenkstättenarbeit öffnete sich erst sehr verspätet auch den bisher „vergessenen“ Opfergruppen – das sind neben den Sinti und Roma beispielsweise die Behinderten und die psychisch Kranken, die Homosexuellen, die als „asozial“ stigmatisierten, und die Angehörigen der Religionsgemeinschaft „Zeugen Jehovas“. Diese Broschüre möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, und dazu anregen, in diese Richtung weiterzuarbeiten.“ (Aus dem Vorwort)

Online unter:

www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche-Online-Broschuere-2014.pdf

DISS-Projekt: Expertise zu „What Comics can do“

Das DISS erstellt im Auftrag der Studiendenschaft der Universität Duisburg-Essen eine Expertise zu den Vorgängen um eine Posterausstellung in den Räumen der Essener Universitätsbibliothek im Sommer 2013. Die Ausstellung hatte im universitären Raum zu heftigen Diskussionen und Reaktionen geführt, in deren Verlauf ein Plakat von einer Doktorandin entfernt wurde. Die Vorgänge erreichten bundesweite Medienaufmerksamkeit.

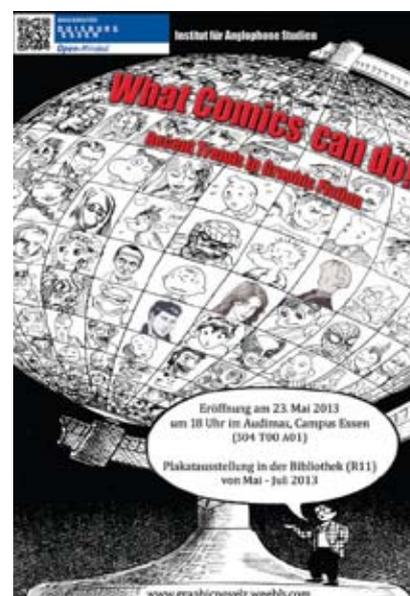
Der Streit um die Ausstellung „What Comics can do - Recent Trends in Graphic Fiction“ hat Wirkungen weit über den universitären Raum hinaus entfaltet. Was den Vorfall für die Berichterstattung interessant machte, waren die näheren Umstände: So gab die Doktorandin an, sie sei muslimischen Glaubens und das Plakat habe ihre religiösen Gefühle verletzt. Die Institutionen der Universität zeigten sich unsicher, wie mit dem Vorfall umzugehen

sei, und ließen nach dem Vorfall sicherheitshalber die gesamte Seminarpräsentation abbauen.

Diese Umstände sorgten dafür, dass der Vorfall nicht nur hochschulintern diskutiert wurde, sondern es in die Berichterstattung von außeruniversitären Medien schaffte. Bereits in den ersten Veröffentlichungen in regionalen Medien wurde der Vorfall als „Religionsstreit“ (ruhrbarone.de) beziehungsweise als „Bilder-Streit an der Uni Duisburg-Essen“ (WAZ/NRZ) gedeutet. Neben der Berichterstattung in den großen Medien gab es Versuche von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und auch von extrem rechten Publikationen, maßgeblich Einfluss auf den Verlauf der Debatte zu gewinnen.

Die diskursanalytisch angelegte Expertise umfasst die Analyse des Mediensdiskurses zum Thema. Darüber werden zentrale Dokumente aus den Gremien der Universität berücksichtigt, zum Beispiel entsprechende Passagen aus den Se-

natsprotokollen. In der Expertise werden außerdem Vorschläge dazu entwickelt, wie zukünftig deeskalierend in solche Konflikte eingegriffen werden kann.



Die Diskurswerkstatt entwickelt ein Workshop-Konzept zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse (KDA)

Von *Isolde Aigner*

Die Diskurswerkstatt konzipiert zurzeit verschiedene Module, die im Rahmen von Workshops zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse (KDA) eingesetzt werden können. Solche Workshops richten sich beispielweise an Promotionskolloquien oder Seminare zur qualitativen Sozialforschung, aber auch Personen, die in der Bildungsarbeit tätig sind.

Vorgesehen sind verschiedene Module bzw. Seminareinheiten, mit denen die KDA sowohl innerhalb der Diskursforschung insgesamt eingeordnet und in ihre theoretisch-methodischen Grundlagen und Analysekategorien eingeführt wird. Daran anknüpfend soll den Teilnehmenden im Rahmen von praktischen Übungen und Arbeitsgruppen ermöglicht werden, sich mit der Anwendung der KDA und ihren „Werkzeugen“ vertraut zu machen und die (kritischen) Potentiale von Diskursanalysen herauszuarbeiten.

Neben der Entwicklung von theoretisch-methodologischen Einführungsvorträgen wird deshalb ein Praxisteil zur

KDA methodisch-didaktisch aufbereitet und beispielhaft mit Teilnehmenden getestet, anschließend reflektiert und weiterentwickelt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Analysekategorien Aussagen, Diskursstrategien und Diskursverschränkungen. Anhand eines Artikels sollen diese Aspekte herausgearbeitet und ihre Bedeutung für den jeweiligen Diskurs untersucht werden. Eine weitere Übung widmet sich der Bedeutung des Kontextes. Dies geschieht etwa anhand einer Untersuchung zu den Anschlägen in Norwegen 2011, wenn die Aussagen in Medien vor und nach der Bekanntgabe des Täters miteinander verglichen werden. Um den Zugang zur KDA zu erleichtern soll darüber hinaus eine Übung zur Untersuchung von Aussagen und Kollektivsymboliken anhand von Bildmaterial entwickelt und in den Praxisteil miteinbezogen werden.

Wer sich für einen solchen Workshop interessiert, kann gerne nachfragen bei Regina Wamper regina.wamper@diss-duisburg.de.

NEUAUFLAGE IN EINEM BAND:



Wulf D. Hund (Hg.)

Faul, fremd und frei

Dimensionen des Zigeunerstereotyps.

Edition DISS Band 35, Münster: Unrast
ca. 280., ca. 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuaufgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹

NEUERSCHEINUNG:



Helmut Kellershohn,

Wolfgang Kastrop (Hg.)

**Kapitalismus und / oder Demokratie?
Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
Demokratieverhältnisse**

Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
200 S., 19,80 €

In den Institutionen der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich gegenwärtig, unter den Bedingungen einer neoliberalen Regierungsweise, eine Entkoppelung von Demokratie und Kapitalismus – unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer formalen Funktionsmechanismen. Der britische Soziologe Colin Crouch hat dafür den Begriff »Postdemokratie« geprägt; andere Autoren reformulieren Nicos Poulantzas' Theorie des »Autoritären Etatismus«, und der italienische Philosoph Domenico Losurdo bemüht in Abwandlung

der Bonapartismustheorie von Marx den Begriff »Soft-Bonapartismus«. Dies sind einige Beispiele dafür, dass die krisenhaften Entwicklungen dazu anregen, das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus/Neoliberalismus theoretisch neu zu fassen und zu kritisieren. Der vorliegende Band beruht auf Vorträgen, die auf dem Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung 2013 gehalten wurden. Er widmet sich den hier nur knapp angerissenen Fragen. Zum einen wird das Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus thematisiert; zum anderen wird der Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft nachgegangen, von der Andreas Fisahn postuliert, dass sie »Bedingung [...] für die Durchbrechung der Logiken des entfesselten Marktes« sei.



Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: _____

Kto: _____

Straße: _____

bei: _____

Ort: _____

BLZ: _____

Telefon / E-Mail: _____

Datum, Unterschrift: _____